punktum

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

Wofür Jugendparlamente?

Wege zu mehr Demokratie und Partizipation für junge Menschen?

3+4/23

HausTicker

Ich bin **Jara Hamdorf**, 23 Jahre alt, und beim Internationalen Jugendverein Hamburg (IJV) und jetzt auch im Vorstand des Landesjugendrings Hamburg aktiv. Beim IJV engagiere ich mich in der politischen Bildung und in der redaktionellen Arbeit für unsere Zeitschrift, der Lautschrift. Zudem bin ich in der Schüler:innen-Arbeit tätig und habe in dem Zuge auch meine Juleica beim LJR gemacht. In diesem Winter habe ich mein Bachelorstudium in Politikwissenschaft beendet. Ich freue mich auf das nächste Jahr im LJR-Vorstand.

Moin, ich bin **Hannah Knipper** (sie/ihr) und bis Ende 2024 als Elternzeitvertretung für Charlotte Mindorf beim Landesjugendring. Als Bildungsreferentin für Grundlagen der Jugendverbandsarbeit, historisch-politische Bildung und Internationales freue ich mich auf einen Blumenstrauß an Themen und Aufgaben. Aktuell planen wir verschiedene Veranstaltungen für 2024, welche sich beispielsweise an Ehrenamtliche in den Verbänden oder auch an Interessierte aus dem Bereich historisch-politische Bildung richten werden. Außerdem werde ich hoffentlich einigen von Euch auch im Rahmen des Präventionsprojekts begegnen, bei dem ich meine Kollegin Karolin Joppich unterstützend zur Seite stehe. Privat arbeite ich aktuell daran, das ostwestfälische »Tach« gegen das hamburgische »Moin« auszutauschen. Ich bitte dabei als Neu-Hamburgerin um sprachliche Nachsicht und freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden und vielen weiteren Akteur*innen in Hamburg und darüber hinaus.

Inhalt

Kommentar

3 **Engagierte junge Menschen unter Generalverdacht**
Landesjugendamt lässt Hamburger Jugendverbände durch den Verfassungsschutz überprüfen – und ist selbst nur noch eingeschränkt handlungsfähig
Michael-J. Gischkat, Jara Hamdorf, Niyasi Karaca, Maja Reifegerst und Destina Üçdemir, LJR-Vorstand

Wofür Jugendparlamente?
Wege zu mehr Demokratie und Partizipation für junge Menschen?

5 **Politik spielen(d) lernen**
Mit Jugendparlamenten zu mehr Demokratie?
Von Frederik Schwieger, Leipzig

9 **Wir machen keine Politik – sondern politische Bildung**
Interview mit Lena Stelling, Akademie für Kinder- und Jugendparlamente Hamburg

10 **Sofaecke statt Plenarsaal**
Serie WirkungsStätten: Das Jugendparlament Horn
Von Hanna Lubcke, Hamburg

12 **Geht Altona voran?**
Der Entwurf eines Rahmenkonzepts zur Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk Altona
Von Volker Vödisch, Vorsitzender des Unterausschusses Beteiligung im Jugendhilfeausschuss für die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona

Vielfalt! Jugendarbeit

15 **»Das bleibt erstmal stehen, bis es vielleicht von selbst einstürzt«**
Über die große Raumnot beim Pfadfinder*innenbund Nord
Von Hannah Knipper und Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

21 **cliMATEs: Die App für klimafreundliche Jugendreisen**
Von Jaqueline Auerswald, Naturfreundejugend Brandenburg

Nachrichten

23 **Strukturen der Jugendverbandsarbeit in Hamburg sichern**
LJR-Vollversammlung vom November 2023

23 **72-Stunden-Aktion am Start**
Aufruf zur bundesweiten Sozialaktion

23 **Fachtag Jugendreisen am 21. März 2024**
Progressiv Unterwegs: Mit jugendverbandlichen Reisen Gesellschaft gestalten

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers (jg)

Layout und Gestaltung: Rebekka Posselt

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Maja Reifegerst c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde.

Auflage: 2.500 Exemplare

Gender: Es gibt im Heft keine Vereinheitlichung bei der gendergerechten Schreibweise; es wird jeweils der Maßgabe der eingereichten Texte Folge geleistet.

Engagierte junge Menschen unter Generalverdacht

Landesjugendamt lässt Hamburger Jugendverbände durch den Verfassungsschutz überprüfen – und ist selbst nur noch eingeschränkt handlungsfähig

Ende November kamen Hamburger Jugendverbände auf Einladung des Landesjugendrings Hamburg in einem digitalen Meeting zusammen, um über die Vorfälle im Landesjugendamt zu beraten. Rund 60 Personen, Delegierte der LJR-Mitgliedsverbände und aus anderen Jugendverbänden, tauschten sich aus über die vom Landesjugendamt initiierte Verfassungsüberprüfung ihrer Organisationen und berieten Konsequenzen.
Der Vorstand des Landesjugendrings bezieht – auf Basis dieser Beratung – in der nachfolgenden Erklärung Stellung zu den Vorgängen. Zudem wird der LJR im Januar zu einer Vollversammlung alle Hamburger Jugendverbände erneut einladen und ebenso eine Leitungsperson der Sozialbehörde, um Raum für Aufklärung zu geben. In der Zwischenzeit werden sich die Jugendverbände jeweils mit Schreiben an das Landesjugendamt wenden, um Klarheit darüber zu erlangen, welche Daten jeweils an die Verfassungsschutzbehörde weitergegeben wurden und welche Ergebnisse die anberaumte Überprüfung ergeben hat.

Hintergrund: In seiner Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema Mobbing in der Sozialbehörde und Zusammenarbeit des Landesjugendamtes mit dem Verfassungsschutz vom 10.11.2023 (Drucksache 22/13406) bestätigt der Senat, dass auf Initiative des Landesjugendamtes eine pauschale Überprüfung Hamburger Jugendverbände durch den Verfassungsschutz kürzlich durchgeführt wurde.

Diese anlasslose Überprüfung von Jugendverbänden durch den Verfassungsschutz ist ein bundesweit einmaliger Vorgang. Begründet wurde dies seitens des Landesjugendamtes aus vermeintlicher Sorge um die Reputation der Hamburger Jugendverbände. Als äußerlichen Anlass nahm die Behörde die Nennung eines einzelnen Jugendvereins (also kein anerkannter Jugendverband!) im Verfassungsschutzbericht, der als extremistisch eingestuft worden war und der seinerseits Mitglied eines anerkannten Jugendverbands ist. Die Überprüfung der Hamburger Jugendverbände durch den Verfassungsschutz habe laut oben genannter Antwort des Senates »keine weiteren [Extremismus-] Risiken für die Jugendverbände der Stadt« ergeben.

Das Landesjugendamt beteuert in der Antwort des Weiteren »die bislang gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden«. Umso verwunderlicher ist es, dass das Landesjugendamt bei seiner »Sorge« um »aktuelle politische Entwicklungen« die Anfrage beim Verfassungsschutz in die Wege geleitet hat, ohne sich vorher an die Jugendverbände und den Landesjugendring zu wenden. Dies wäre nicht allein formal der richtige Weg gewesen – sondern auch Ausdruck einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Vertrauensbruch. Die Hamburger Jugendverbände und der Landesjugendring sind über die anlasslose Verfassungsschutzüberprüfung in großem Maße empört und verstehen diese als Misstrauenserklärung gegenüber allen Hamburger Jugendverbänden und als Bruch der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Dies zumal vor dem Hintergrund, dass es dem Landesjugendamt als Aufgabe obliegt, nur solche Jugendverbände als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen, deren Ziele, Tätigkeiten und Satzung auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Die pauschale Überprüfung anerkannter zivilgesellschaftlicher Organisationen durch den Verfassungsschutz ist für uns eine bisher unvorstellbare Infragestellung gesellschaftlichen Engagements junger Menschen und politisch sehr besorgniserregend. Die demokratische Teilhabe junger Menschen wird dadurch nicht gefördert sondern eher erschwert, indem junge Menschen abgeschreckt werden.

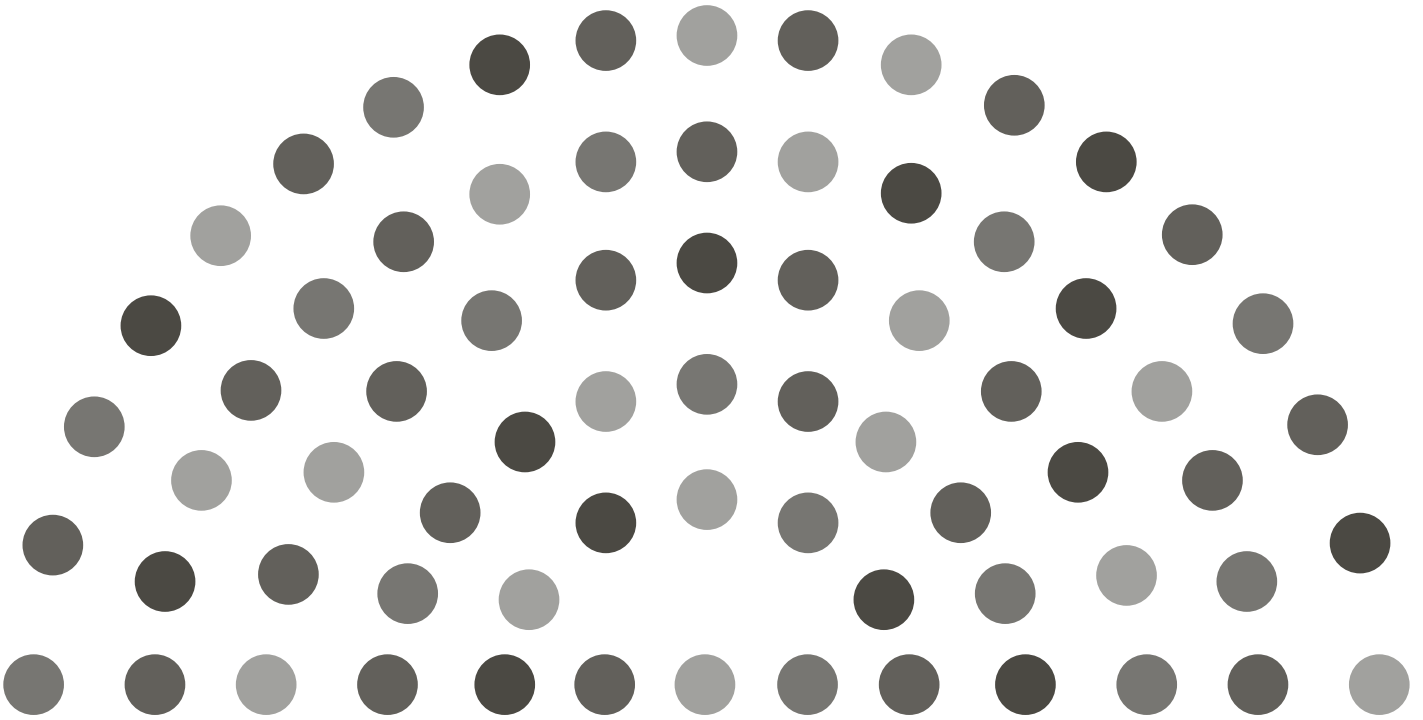
Zudem fragen wir uns, wie sich die aktuelle Situation im Landesjugendamt darstellt und wie die zukünftige Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden gestaltet werden soll. Die in der Kleinen Schriftlichen Anfrage an den Senat aufgeworfene Vermutung, es gäbe Fälle von Mobbing, Bossing und psychischen Übergriffen im Amt, können und wollen wir nicht beurteilen. Fakt ist aber, dass personelle Vakanzen zugenommen haben. Von den fünf Vollzeitstellen bei den für Jugendverbände wichtigen Fachberater*innen sind derzeit nur noch 2,4 Vollzeitäquivalente besetzt – mit sinkender Tendenz. Mit diesen fachlich sehr kompetenten Ansprechpartner*innen im Landesjugendamt haben (und hatten) die Jugendverbände in den letzten Jahren eng, vertrauensvoll und im Sinne der in Hamburg engagierten jungen Menschen zusammengearbeitet. Jede Stellenvakanz beschränkt die Leistungsfähigkeit des Landesjugendamtes und betrifft mittelbar die Handlungsfähigkeit der Jugendverbände. Bereits jetzt hat das Landesjugendamt aus Überlastungsgründen die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Projekten mit Jugendverbänden heruntergefahren. Die Jugendverbände fürchten, dass Förderanträge für die von ihnen in 2024 geplanten Projekte nicht angemessen bearbeitet werden können.

Die Hamburger Jugendverbände fordern daher nachdrücklich eine umfassende und transparente Aufarbeitung der benannten Vorgänge, um die Wiederaufnahme einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu ermöglichen. Es muss vollumfängliche Transparenz darüber hergestellt werden, welche Informationen vom Landesjugendamt an den Verfassungsschutz weitergeleitet wurden und wonach konkret gefragt wurde. Außerdem fordern wir Aufklärung darüber, welche konkreten Schritte von Seiten des Verfassungsschutzes in Reaktion auf die Anfrage des Landesjugendamtes unternommen wurden und wie die Antwort ausfiel. Dazu werden Hamburger Jugendverbände einzeln jeweils Anfragen an das Landesjugendamt stellen.

Zudem fordern wir die Sozialbehörde auf, Jugendverbände weiterhin als bedeutsame Orte der Demokratiebildung im notwendigen Maße zu fördern.

Michael-J. Gischkat, Jara Hamdorf, Niyasi Karaca, Maja Reifegerst und Destina Üçdemir, LJR-Vorstand

(Hinweis der Redaktion: Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 12. Dezember 2023)



Wofür Jugendparlamente?

Die Jugendstrategie der Bundesregierung will die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen fördern und hat dafür den Nationale Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung aufgelegt. Im Fokus stehen die bundesweit mehr als 500 Kinder- und Jugendparlamente und knapp 300 Jugendforen. Um deren Arbeit weiter zu stärken und die Zahl der Kinder- und Jugendparlamente bis 2024 zu verdoppeln, wurde gar eine Akademie für Kinder- und Jugendparlamente ins Leben gerufen.

Sind Kinder- und Jugendparlamente der »Königsweg« zu mehr Beteiligung? Wo sind sie verankert? Auf kommunaler Ebene? Wie funktionieren sie? Wie sieht die Praxis bestehender Jugendparlamente aus? Im Titelthema gehen wir den Fragen nach. Frederik Schwieger analysiert im nachfolgenden Beitrag, ob Jugendparlamente zu mehr Demokratie, Beteiligung und politischen Lernprozessen führen können.

In Hamburg existiert allein in Horn ein Jugendparlament. Immerhin seit 1999. Hanna Lubcke stellt es in der Reportage »Sofaecke statt Plenarsaal« vor. Wie könnte Beteiligung in Hamburg ausgebaut werden? Volker Vödisch stellt in seinem Beitrag den Entwurf eines Rahmenkonzept zur Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk Altona vor. Und wo gibt es Hilfen? Im Interview mit Lena Stelling machen wir den Hamburger Standort der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente bekannt.

Politik spielen(d) lernen*

Mit Jugendparlamenten zu mehr Demokratie?

Von Frederik Schwieger, Leipzig

Jugendparlamente haben politisch Hochkonjunktur. Immer mehr Kommunen installieren sie in ihrem Wirkungsbereich, sie sind Teil der Jugendstrategie der Bundesregierung[1], werden im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung erwähnt und seit dem letzten Jahr gibt es jetzt auch eine »Akademie für Kinder- und Jugendparlamente« mit der Zielsetzung, »Jugendliche für Politik [zu] begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie [zu] stärken.«[2] Auch der Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendrings hat sich Anfang 2022 mit der beschlossenen Position »Jugendparlamente als ein Format der kommunalen Jugendbeteiligung« positiv auf diese Entwicklung bezogen. Insgesamt gibt es in Deutschland schon über 500 Kinder- und Jugendparlamente, und 2021 hat die damals amtierende Bundesjugendministerin Franziska Giffey das ehrgeizige Ziel proklamiert, ihre Zahl bis 2024 noch einmal zu verdoppeln. [3]

Dass Jugendparlamente gerade heute solch einen starken Auftrieb erfahren, hat allerdings weniger mit jungen Menschen und ihren Interessen und Zielen zu tun als vielmehr mit der Perspektive von Politik und Verwaltung auf diese Gesellschaft und der viel diskutierten »Krise der Demokratie«. Im Folgenden soll versucht werden, kritisch zu rekonstruieren, warum im Bereich der Jugendbeteiligung verstärkt auf Jugendparlamente gesetzt wird, welches Politik-Verständnis der Idee der »Junior-Parlamente« zugrunde liegt und welche Folgen das für die Interessenvertretung junger Menschen und ihre politische Bildung hat. Im Anschluss daran soll schließlich die Frage diskutiert werden, ob Jugendparlamente ein geeignetes Mittel sind, das demokratische System in Deutschland wieder auf breitere Schultern zu stellen oder ob sie zumindest im Jugendbereich für mehr Mitbestimmung sorgen können.

Zur »Krise der Demokratie«

Vielerorts und besonders im Osten Deutschlands gibt es eine geringe Wahlbeteiligung. Politikverdrossenheit und eine politische Repräsentationskrise werden seit Jahren auch anhand soziologischer Untersuchungen deutlich. So stimmte beispielsweise mehr als ein Viertel der Befragten (28,2%) der aktuellen Mitte-Studie der Aussage zu: »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.«[4] Die erlebte Trennung zwischen »uns« und »denen da oben« verleiht wiederum der AfD und anderen rechten Parteien Auftrieb, die sich als Anti-Establishment inszenieren.

Aus der Sicht von Politiker/inne/n demokratischer Parteien ist dieser Zustand nachvollziehbar besorgniserregend. Ein Mittel zu suchen, das bei jungen Menschen »die Akzeptanz der Demokratie« und der herrschenden Politik erhöht, scheint deshalb dringend angezeigt.

Kinder- und Jugendparlamente sind hier ein Mittel der Wahl[5], »denn sie bieten viele positive Lerngelegenheiten für die nachwachsende Generation und machen sie fit für eine vielfältiger gewordene Demokratie. Kinder- und Jugendparlamente tragen zur Stärkung kommunaler Demokratie bei«[6], so zumindest die Überzeugung ihrer Anhänger/innen.

»Früh übt sich« – Jugendparlamente als dankbare Sparringspartner der Politik

Wie der Name schon sagt, sind Jugendparlamente ein Parlament für junge Menschen. Sie sind ein auf unterschiedliche Weise in der kommunalen Selbstverwaltung institutionell verankertes Gremium[7], dass das Erwachsenenparlament beraten, Empfehlungen aussprechen und gegebenenfalls auch selbst Anträge an den Stadtrat einbringen darf. Zudem verfügen die meisten Jugendparlamente über ein kleines Budget, das sie selbst verwalten dürfen, oder über einige Projektgelder, die wiederum andere junge Menschen für die Umsetzung ihrer Ideen bei ihnen beantragen können. Ähnlich wie beim Erwachsenenparlament wird das Jugendparlament durch alle in einer Kommune wohnhaften jungen Menschen in einer bestimmten Alterspanne gewählt und jeder/jede aus der Kommune kann sich selbst als Kandidat/in aufstellen (lassen). Der große Unterschied zu den Erwachsenenparlamenten besteht darin, dass sich in Jugendparlamente Individuen wählen lassen und keine Parteien, sodass keine Meinungsbildung entlang eines gemeinsamen Programmes, gemeinsamer Werte oder einer gemeinsamen Satzung usw. von Interessengruppen stattfindet. Dazu heißt es im FAQ des Deutschen Kinderhilfswerkes, Jugendparlamente zeichneten sich durch Überparteilichkeit aus.[8] Zur Unterstützung wird den Jugendparlamenten meist ein Sozialpädagoge/eine Sozialpädagogin zur Seite gestellt, die sie beraten und zwischen den jungen Menschen, der Politik und der Verwaltung vermitteln soll. (Diese Person ist oft auch gleichzeitig durch die Kommune angestellt, was durchaus zu Interessenskonflikten führen kann.)

Die große Beliebtheit von Jugendparlamenten in Politik und Verwaltung rührt wohl daher, dass diese Form von Beteiligung junger Menschen ihnen besonders entspricht: Die Arbeitsstrukturen, also das Einbringen von Anträgen, das Warten auf Verwaltungsstandpunkte wie auch das Einhalten einer Beratungsreihenfolge sind den altbekannten Strukturen sehr ähnlich. Dementsprechend versammelt sich in den Jugendparlamenten auch ein sehr ähnliches Milieu mit ähnlichen Interessen. Wer sich hier beteiligt, braucht einiges an Sitzfleisch, Zeit und vor allem eine Affinität zur zähflüssigen Arbeit mit Anträgen und Vorlagen. Notwendig vorausgesetzt ist dabei jedoch auch eine Akzeptanz der Schwächen der parlamentarischen Demokratie. Wer konkrete und schnelle Auswirkungen erwartet oder gerne grundlegende gesellschaftspolitische Fragen behandeln möchte, ist hier fehl am Platz. Einlassen müssen sich die jungen Parlamentarier/innen stattdessen auf viele Schleifen, bis überhaupt etwas beschlossen wird, sowie Ergebnisse, die unter Umständen erst nach Jahren Auswirkungen zeigen, außerdem die Ausblendung einer Menge an relevanten Themen und Fragestellungen, die erst gar nicht zur Verhandlung stehen.[9] Wem das nicht passt, der/die kandidiert erst gar nicht bzw. kommt irgendwann nicht mehr zu den Sitzungen und scheidet gelangweilt, entnervt oder enttäuscht aus dem Gremium aus.

Im Vergleich zu Jugendlichen aus einem Jugendclub oder jungen Menschen in sozialen Bewegungen stellen Jugendparlamentarier/innen für Politiker/innen dankbare Sparringspartner dar, denn sie formulieren keine »unrealistischen« Forderungen oder äußern gar in radikaler Form Protest. Sie sind bereit, sich im beschriebenen

Über den Autor

Frederik Schwieger (Jahrgang 1985) ist Sozialpädagoge, hat 20 Jahre lang Jugendverbandsarbeit bei der SJD – Die Falken vom Gruppenhelfer bis zum Bildungsreferent gemacht und dann mehrere Jahre als Geschäftsführer des Stadtjugendrings Leipzig gearbeitet. Aktuell ist er wieder Master-Student im Fach Soziale Arbeit.

---

* Der Aufsatz wurde zuerst publiziert in: deutsche jugend, 7-8/2023, Beltz Juventa, Weinheim, S. 319 ff.

vorprogrammierten Rahmen – mit aller seiner Begrenztheit durch bestehende kommunalrechtliche Eigenlogiken – zu beteiligen und dieses enge Korsett dabei selten zu hinterfragen. Als »Expertinnen und Experten in eigener Sache« sollen sie sich bei kommunalen Themen einbringen, wie z.B. dem Bau eines Skateparks, der Schaffung eines Jugendclubs, der Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs oder der Stadtplanung.[10] Dabei agieren sie vorgeblich nicht aus parteipolitischer Perspektive, sondern als die »Sprecher/innen der Jugend«. Dass dabei aufgrund ihrer abstrakten Zugehörigkeit zur »Jugend« auch Jugendparlamentarier/innen, die noch nie auf einem Skateboard standen oder noch nie einen Jugendclub besucht haben, »Expert/innen in eigener Sache« bei diesen Themen sein sollen, wird dabei nicht infrage gestellt.

Politik und Verwaltung ist eine derartige »Pseudo-Interessenvertretung« unter Umständen ganz willkommen: Über das Jugendparlament werden junge Menschen an politischen Entscheidungen beteiligt, ohne dass man sich der Gefahr aussetzt, die eigenen Vorhaben noch einmal grundsätzlich infrage gestellt zu sehen. Dem ohnehin geplanten Vollzug von Vorhaben wird kaum Einhalt geboten, sondern es gewinnt an Legitimität, indem junge Menschen innerhalb des gesetzten Rahmens konstruktiv mitwirken. »Junge Menschen wissen, was vor Ort los ist«[11], das wird hier quasi zur Ideologie und ignoriert, dass es die jungen Menschen nicht gibt, dass Interessen, Themen, Wünsche und Probleme junger Menschen, wie auch bei Erwachsenen, divers sind und sich milieu- und klassenspezifisch ausdifferenzieren. Im Jugendparlament findet sich diese Ausdifferenzierung keineswegs politisch repräsentiert, denn ähnlich wie in seiner erwachsenen Entsprechung versammelt sich hier vor allem das gebildete Bürgertum. So stellen verschiedene Engagementstudien immer wieder fest, dass die Unterschiede in der politischen Beteiligung in den letzten Jahren sogar zugenommen haben. Laut dem fünften Deutschen Freiwilligensurvey engagieren sich allgemein Menschen mit hoher Schulbildung ungefähr doppelt so häufig[12], eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung zu politisch-gesellschaftlichen Teilnahme junger Menschen kommt gleichzeitig zu dem Ergebnis, dass »bei Jugendlichen mit einer niedrigeren Bildung [...] die Chance für eine politisch-gesellschaftliche Teilnahme im weiteren Sinne um 38% niedriger [ist] als für Jugendliche mit einer höheren Bildung«.[13] Darüber hinaus sind sehr viele Städte auch viel zu groß, als dass die jungen Menschen unmittelbar wissen könnten, was in jedem Kiez, Stadt- und Ortsteil »vor Ort los ist«. Diese Form der Mitgestaltung in der Kommune ist so am Ende nur für eine bestimmte, sehr kleine Gruppe junger Menschen überhaupt interessant: Es handelt sich um diejenigen, die im Regelfall einem bildungsbürgerlichen Haushalt entstammen und das Abitur anstreben, Menschen, die im Normalfall nicht von Armut, Marginalisierung oder Verdrängung betroffen sind. Die Probleme solcher Jugendlichen ließen sich real leider auch nicht im Rahmen eines Jugendparlamentes verhandeln, da sie auf gesellschaftliche Probleme verweisen, die weit über den Handlungsspielraum eines Jugendparlamentes hinausgehen. Stattdessen beteiligt man alibimäßig junge Menschen, die bereit sind, in stundenlangen Sitzungen über Vorlagen und Themen zu sprechen und zu beraten, die sie konkret fast nie betreffen. Sozialpädagog/inn/en übersehen häufig diese politischen Dimensionen und die von oben gesetzten Zwecke von Jugendparlamenten und fassen sie stattdessen – aus Perspektive der Beteiligten – als pädagogische Methode auf oder sehen in ihnen ein (politisches) Experimentierfeld für junge Menschen. Für sie beweist sich das Gelingen von Jugendparlamenten schon dadurch, dass junge Menschen dieses Format dauerhaft annehmen und »mit Leben füllen«. Dabei kann doch eigentlich nicht der Spaß der Beteiligten der Maßstab sein, sondern müsste sich das Format an realer Machtverschiebung, echter Teilhabe und konkreten Ergebnissen messen.

Die Folgen jugendparlamentarischer Beteiligung für die Interessenvertretung junger Menschen und ihre politische Bildung

Jugendparlamente verändern für junge Menschen, wie beschrieben, grundsätzlich erst einmal wenig, prägen jedoch zunehmend ihr Bild gegenüber kommunaler Politik und Verwaltung. Das ist durchaus gefährlich: Die Aufmerksamkeit von Kommunalpolitik ist begrenzt und es ist immer einfacher, Jugendparlamentarier/innen zu befragen, als die Meinungen von Jugendclub-Besucher/innen oder irgendwelchen diffusen Jugendszenen und -cliquen zu evaluieren. Gleichzeitig sind die neuen Parlamente auch eine Herausforderung für Jugendringe und andere etablierte Interessensvertretungsstrukturen, deren Stellenwert durch diese vermeintlich authentische Konkurrenz sicherlich nicht steigt. Dabei werden durch sie tatsächlich vielfältige jugendliche Lebensrealitäten repräsentiert, weil sich z.B. in Jugendverbänden auch junge Menschen zusammenfinden, die nicht ausschließlich dem bildungsbürgerlichen Milieu entstammen.

Deshalb ist die Diskussion um die Repräsentativität von Jugendparlamenten eben auch keine rein wissenschaftliche, sondern eine mit durchaus politischer Tragweite: Jugendparlamente befördern eine Form der Jugendbeteiligung, in der nur noch ein bestimmtes – für die Politik spiegelbildliches – Milieu, ein bestimmter Schlag junger Menschen repräsentiert ist. Dieser Umstand ist für das Agieren der Jugendparlamentarier/innen bestimmend, wird aber von beiden Seiten – also von der Politik und den Sozialarbeiter/innen auf der einen, wie den jungen Menschen auf der anderen Seite – meist überhaupt nicht reflektiert: Geschmeichelt von der Kommunalpolitik nehmen die jungen Parlamentarier/innen gerne die ihnen zugewiesene Rolle als Sprecher/innen der Jugend an. Nüchtern betrachtet müsste jedoch konstatiert werden: Wenn diese Jugendlichen vermehrt zum Sprachrohr der gesamten Jugend werden, fällt ein großer Teil der jungen Menschen unter den Tisch: Jugendliche, die nicht willens oder in der Lage sind, ihre Interessen auf eine dem Jugendparlament angemessene Weise zu artikulieren, die sich woanders organisieren und einbringen oder deren Forderungen und Themen gar nicht verhandelt werden. »Tendenziell nutzen höher Gebildete auch alle Angebote der politischen Mitwirkung häufiger. Jede zusätzliche Beteiligungsmöglichkeit verstärkt daher die Ungleichheit der politischen Beteiligung.«[14] Damit sind Jugendparlamente natürlich nicht allein. Hier spiegelt sich ein gesamtgesellschaftliches Phänomen: »Der Ausschluss der einfachen Menschen, der Anteillosen, wird durch denjenigen Teil des Bürgertums, der mehr Demokratie proklamiert, überhaupt nicht reflektiert.«[15]

Vielerorts werden Jugendparlamente auch als Form der politischen Bildung angesehen. »Demokratie [wird hier] nicht nur theoretisch vermittelt, sondern direkt erlebbar und damit ein Raum für Demokratiebildung geschaffen,«[16] heißt es in einer solchen Verlautbarung. Dabei legt sie die Vorstellung junger Menschen davon, was es heißt, Politik zu machen, auf die Arbeit in Ausschüssen und Parlamenten fest und unterläuft so jede Idee davon, politische Arbeit anders zu verstehen und zu gestalten. Natürlich ist das Wissen über Parlamente, Gremien, Vorlagen und Anträge auch Teil politischer Bildung, aber in der Eigenlogik eines Jugendparlaments bleibt die Auseinandersetzung mit den Inhalten notwendig oberflächlich.

Ein Beispiel der Auseinandersetzung mit Leipziger Lokalgeschichte soll das zeigen: Die ehemalige Baumwollspinnerei in Plagwitz ist heute ein beliebter Ort für Kunst und Kultur in der Stadt. Ihre Geschichte, die sich von der Kaiserzeit über die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus und die Zeit der DDR bis ins Heute erstreckt, spielt dabei bisher jedoch eine untergeordnete Rolle. Das wollten die Jugendparlamentarier/innen ändern. Wer jetzt denkt, dass die jungen Menschen zu diesem Zweck eine Geschichtswerkstatt gegründet, sich durch Archivmaterialien gegraben oder Fragen historischer Vermittlungsarbeit diskutiert haben, liegt allerdings falsch. In einem Antrag »Erbe der Spinnerei aufdecken«[17] wendeten sie sich an die Stadtverwaltung. Sie wünschten sich von dieser eine Auseinandersetzung mit der Ortsgeschichte, bei der u.a. Aspekte wie das koloniale Erbe, Zwangsarbeit, unwürdige Arbeitsbedingungen

während der Zeit der sowjetischen Besatzung und die Situation von Vertragsarbeiter/innen in der DDR eine Rolle spielen sollten. Mit nur einer Rückfrage durch die begleitende Sozialarbeiterin wurde der Antrag einstimmig im Jugendparlament beschlossen und ging damit ins offizielle Verwaltungsverfahren der Stadt. Die Verwaltung schreibt nun einen Verwaltungsstandpunkt dazu, am Ende beschließt der Stadtrat den Antrag und beauftragt so, ganz wie von den Jugendlichen gewünscht, die Verwaltung damit, eine gründliche Geschichtsaufarbeitung zu erwirken.

Das Beispiel zeigt in verschiedener Hinsicht die Schwachstellen von Jugendparlamenten als vermeintlichen Orten von politischer Bildung auf:

Welche Fragen die Jugendlichen beispielsweise persönlich an das Erbe der Spinnerei »in vier verschiedenen Nationalstaaten« haben, was das Ziel der historischen Aufarbeitung und die Konsequenzen für heutiges Tun und Handeln sein könnten, erfährt man durch den Antrag nicht. Der Anlass der Antragsstellung lässt sich erahnen: Für die Jugendparlamentarier/innen scheint es heutzutage zum guten Ton zu gehören, dass eine moderne Kommune eine gründliche Geschichtsaufarbeitung vorweisen kann. Deshalb soll die Stadtverwaltung tätig werden, denn »Kunst und Kultur ohne Reflektion der Geschichte des Ortes, wo sie stattfindet, schadet der Bedeutung der Kunst und Kultur.«[18]

Eine eigene inhaltliche Beschäftigung mit den genannten Themen geht damit nicht einher. Bei der Dichte an Themen, mit denen sich die jungen Menschen in ihrer Arbeit als Parlamentarier/innen auseinandersetzen müssen, ist das im Grunde auch unmöglich: Neben dem Antrag zum Erbe der Baumwollspinnerei wurden in derselben Sitzung innerhalb einer Stunde noch sieben weitere Tagesordnungspunkte – davon vier inhaltliche Anträge – behandelt. Schon diese Vielfalt der Themen, aber auch die Struktur der Sitzungen verstellen den Beteiligten jede Gelegenheit für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit einzelnen Gegenständen. Wirkliche Bildungsprozesse in Bezug auf politisch-gesellschaftliche Themen werden dadurch jedenfalls kaum angestoßen. Die meisten gesellschaftspolitischen Fragen lassen sich nämlich nicht durch ein einfaches und erprobtes Prozedere im Sinne von: Antrag schreiben, Verwaltungsstandpunkt abwarten, Antrag beschließen und Verwaltung beauftragen lösen. In Gremiensitzungen lernt man viel mehr als über die Gesellschaft etwas über die Logik von Gremien, was einem darüber hinaus dann wieder hauptsächlich dabei hilft, sich in diesen politisch zu betätigen und nicht anderswo. Für Bildungsprozesse hingegen braucht es zunächst einmal ein tatsächliches Interesse an einer Sache, d.h. einen Anlass zur eigenen Auseinandersetzung damit. Dann erfordert es Zeit, Muße und tiefergehende Diskussionen, diese Sache zu durchdringen, um sich ein Urteil darüber bilden zu können. Sind diese Voraussetzungen korrumpiert, weil das Ergebnis eigentlich gewissermaßen schon feststeht, wird das Sprechen über »politische Bildung« zur Augenwischerei. Bildung setzt eine Erfahrung an der Welt voraus, der sich junge Menschen stellen. Wenn der Gegenstand der Auseinandersetzung jedoch nur in Form klassischer parlamentarischer Prozedere bearbeitet werden kann, determiniert bzw. verunmöglicht das auch jeden Bildungsprozess, dessen Ergebnis auch die Entscheidung für eine grundsätzlich andere Form der Herangehensweise oder Bearbeitung sein könnte.

Mit Jugendparlamenten geht jedoch nicht nur eine Reduktion von Bildung auf das Handeln innerhalb von parlamentarischen Gepflogenheiten, sondern auch eine *Entpolitisierung von Politik* einher. Die Jugendparlamente sollen überparteilich sein, dabei spiegeln sich gerade in der Parteilichkeit von Gruppen ihre gesellschaftlichen Interessen und die sich daraus ergebenden Konflikte. Gesellschaft erscheint in Jugendparlamenten so aber eben nicht als widersprüchlich und von verschiedenen Interessensgruppen und harten Kämpfen um die eigenen Teilhabemöglichkeiten geprägt, sondern ihre Gegensätze werden überdeckt. Die Ideologie des Individualismus prägt die Konstitution der »Junior-Parlamente« noch viel stärker als ihre erwachsenen Entsprechungen, in denen Parteizugehörigkeiten zwar auch an der einen oder anderen Stelle beliebig sind, in denen jedoch grundsätzlich gesellschaftliche Interessengruppen vertreten sind. Konflikte werden auf diese Weise ihrer gesellschaftlichen Dimension beraubt und auf Geschmacksfragen reduziert. Daraus folgt auch, dass im Bereich der Jugendbeteiligung oft der Anschein erweckt wird, mit der richtigen Moderation und Methodik ließe sich jeder Konflikt im vorgegebenen Rahmen beseitigen. Diese Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Konfliktlinien, die tatsächlich vor allem durch materielle Teilhabe bestimmt werden, ist Ausdruck und Abbild einer mittelstandsgeprägten Wohlfühlgesellschaft, deren einziger Anspruch es ist, die Fassade des von tiefgehender Ungerechtigkeit geprägten Hauses etwas schöner anzumalen.

Mit Jugendparlamenten zu mehr Demokratie?

Trotz dieser Beschränktheit jugendparlamentarischer Arbeit versprechen sich Politik und Verwaltung, Kinder und Jugendliche nun noch besser zu beteiligen. Doch ist dieses »Mehr« an Beteiligung faktisch nur ein »Mehr« am ohnehin schon wenigen Gestaltbaren. Damit passen Jugendparlamente gut in eine Zeit, in der auch Politik oft faktisch wenig entscheiden und gestalten kann – weil Sachzwänge walten, kein Geld da ist, Prozesse sehr komplex und langwierig sind und wirkliche Veränderungen schon gänzlich außerhalb des Möglichkeitsraumes erscheinen. So kann zwar noch demokratisch ausgehandelt werden, wo der nächste Skatepark gebaut wird (und das auch nur, wenn die Kommune nicht schon in

schlechten Zeiten die letzten dafür möglichen Flächen an Privatinvestoren verkauft hat), aber nicht, wie sich die Innenstädte entwickeln, wie den überall steigenden Mieten oder gar wie der Klimakatastrophe wirksam zu begegnen ist. Durch Jugend- und Bürgerbeteiligung soll das wenige Gestaltbare wieder eine stärkere gesellschaftliche Legitimation gewinnen und damit die Beteiligten einhegen in die bestehende Herrschaftsform. Die Idee ist simpel: Scheinbare Sachzwänge, die sich unter einer breiteren Beteiligung durchsetzen, haben eine größere Legitimation und können kommunikativ besser vertreten werden als »von oben« durchgesetzte. Dabei geht es allerdings nie um grundsätzliche gesellschaftliche Fragestellungen, sondern darum, einen zuvor von anderen definierten Rahmen partizipativ auszugestalten.

Jugendparlamente sollen das Desinteresse der Jugend an Politik und demokratischer Mitgestaltung mit einer Methode bekämpfen, die gesamtgesellschaftlich die Ursache für einen guten Teil des Desinteresses sind: nämlich wie Politik-Machen im parlamentarischen Prozedere funktioniert und wie begrenzt die realen Gestaltungsmöglichkeiten sind:

»Die Analyse der spontanen Assoziationen und die Auswertung der angefertigten Bildcollagen [junger Menschen] zum Thema ›Politik‹ zeigen – quer durch die Lebenswelten – eine düstere Grundanmutung, die mit dunklen Farben (schwarz, grau), mit dem Fehlen von Buntheit und Lebendigkeit, mit Monotonie, Steifheit, Leblosigkeit und Langeweile verknüpft ist.«[19]

Ein Bild von Politik, das viele jugendparlamentarische Sitzungen wohl noch weiter bestätigen werden. Die gleiche Studie (Sinus-Jugendstudie) stellt Jugendlichen weiterhin die hypothetische Frage, wofür sie sich, wenn sie es denn täten, politisch engagieren würden. Die Antworten darauf zeigen ein breites Spektrum an Themen und Verbesserungswünschen auf und reichen von der Bekämpfung des Hungers in der Welt über den zukunftsfähigen Umbau des deutschen Schulsystems, Klimaschutz und Klimawandel, Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit, Hilfe für Benachteiligte bis zur Gleichberechtigung und Gleichstellung.[20] Doch auch bei bestem Willen aller Beteiligten in der Kommune ließe sich kaum eins dieser Themen wirkungsvoll innerhalb des Rahmens eines Jugendparlamentes bearbeiten bzw. lösen, was ja eventuell dazu motivieren könnte, die Steifheit und Monotonie des politischen Geschäfts auf sich zu nehmen.

Ein echtes »Mehr an Demokratie« schafft man durch diese oberflächlichen Schönheitskorrekturen keineswegs. Jugendparlamente sind keine adäquate Antwort auf die Krise der Demokratie, weil sie von Mitbestimmung nur ein sehr beschränktes Verständnis vermitteln. Jugendparlamente sind stattdessen Teil einer »Zweidritteldemokratie, in der die gebildeten Mittelschichten für sich selbst weitere Beteiligungsmöglichkeiten suchen, die allerding meist untauglich sind, die unteren Schichten in die Politik zurückzuholen.« Bestimmende Elemente für demokratische Aushandlungsprozesse werden durch ihre individualistische Organisationsform darüber hinaus einfach verdeckt. Sie erreichen nur diejenigen Jugendlichen, die von Bildungsinstitutionen ohnehin leicht erreicht werden. Mit Blick auf die zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen braucht es keineswegs eine weitere Spiel- und Erprobungswiese für den Politiker/innennachwuchs. Für Jugendliche, die sich für die etablierten Formen parlamentarischer Politik interessieren, gibt es bereits die Jugendorganisationen von Parteien. Alle, die unter politischer Arbeit oder gesellschaftlichem Engagement etwas anderes verstehen, organisieren sich ohnehin in sozialen Bewegungen oder Jugendverbänden als Interessenvertretungen junger Menschen. Jugendparlamente beheben nicht das Beteiligungsdefizit der parlamentarischen Demokratie. Sie spielen die Erwachsenenparlamente nach, nur mit noch weniger Macht und Wirksamkeit.

Literatur

ADB e.V. (2021): Akademie für Kinder- und Jugendparlamente. https://www.adb.de/projekte/akademie-fuer-kinder-und-jugendparlamente (abgerufen am 01.07.2022)

BMFSFJ (2021) Akademie für Kinder und Jugendparlamente - Kinder- und Jugendparlamente stärken und sichtbarer machen URL: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kinder-und-jugendparlamente-staerken-und-sichtbarer-machen-178112 (01.07.2022)

Bürgin, J. (2021) Interview Deutungshoheiten in der politischen (Demokratie-)Bildung - Wie geht gute politische Bildung? URL: https://profession-politischebildung.de/grundlagen/deutungshoheiten/ (03.05.2022)

Calmbach, M./Flaig, B./Edwards, J./Möller-Slawinski, H./Borchard, I., Schleer, C. (2020): Sinus Jugendstudie 2020: Wie ticken Jugendliche, Bonn

Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.) (2020): Starke Kinder- und Jugendparlamente. URL: https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion-Kinderrechte/3_Beteiligung/3.0_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente/Broschuere_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente.pdf (03.5.2022).

Deutsches Kinderhilfswerk e.V (2022).: FAQ - die meistgestellten Fragen über Kinder- und Jugendparlamente URL: https://www.kinderrechte.de/beteiligung/starke-kinder-und-jugendparlamente/faq/ (3.5.2022).

Jugendparlament Leipzig (2022): Erbe der Spinnerei aufdecken. https://ratsinformation.leipzig.de/allris_leipzig_public/vo020?VOLFDNR=2002648 (abgerufen am 01.07.2022)

Simonson, J./Kelle, N./; Kausmann, C./Karnick, N./Arriagada, C./; Hagen, C. et al. (Hrsg.) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Deutschland. Stand: März 2021. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

FES e.V. (2016): FES-Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilnahme Jugendlicher Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse. URL: https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=5347&token=c2d547b4f81e83d44f718de27b57bd4e3a2fe7db (3.5.2022).

Gille, M. (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. URL: https://www.dji.de/themen/jugend/jugend-und-politik.html

Merkel. W. (2016): Krise der Demokratie Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff In: bpb (Hrsg.) Aus Politik und Zeitgeschichte - Repräsentation in der Krise?, Bonn.

Zick, A./Küpper, B. (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn

Endnoten

1 Im Rahmen der Initiative »Starke Kinder- und Jugendparlamente«.
2 ADB 2021
3 BMFSFJ 2021
4 Zick, Küpper 2021, S. 49.
5 Bürgerbeteiligungsformate und Demokratieprojekte sind beispielsweise weitere Mittel der Wahl, mit denen der Repräsentationskrise begegnet und allgemein das Image der Demokratie aufgebessert werden soll.
6 Deutsches Kinderhilfswerk 2020, S. 7.
7 In den meisten Fällen über einen Ratsbeschluss oder durch eine Verankerung in der Hauptsatzung der Kommune.
8 Deutsches Kinderhilfswerk 2022
9 Über die Entwicklung und Gestaltung von Innenstädten entscheiden beispielsweise Investor*innen und nicht Parlamentarier*innen oder Bürger*innen.
10 Vgl.: BMFSFJ 2021
11 BMFSFJ 2021
12 vgl. Simonson,, Kelle, Kausmann, Karnick, Arriagada, Hagen 2021
13 FES 2016 , S.3
14 Gille 2018
15 Bürgin 2021
16 ADB 2021
17 Jugendparlament Leipzig 2022
18 Jugendparlament Leipzig 2022
19 Sinus Jugendstudie 2020, S. 474.
20 vgl. Sinus Jugendstudie 2020, S. 452.
21 Merkel 2016, S. 11.

Wir machen keine Politik – sondern politische Bildung

Interview mit Lena Stelling, Akademie für Kinder- und Jugendparlamente Hamburg

punktum: *Wozu Jugendparlamente? Wäre es nicht die bessere Lösung, dafür einzutreten, dass mehr junge Menschen in bestehende Parlamente gewählt würden, als nebenher parlamentsähnliche Gebilde zu schaffen?*

Lena Stelling: Das eine bräuchte das andere ja nicht auszuschließen. Jugendparlamente sind eine Möglichkeit, eine dauerhafte und wirksame Beteiligung für Jugendliche zu schaffen – vor allem für jene Jugendlichen, die noch nicht wählen und kandidieren dürfen und bisher nicht in Verbänden oder Parteien organisiert sind. Hier schaffen Jugendparlamente Raum für Beteiligung auf kommunaler Ebene.

Junge Menschen engagieren sich vor allem für den Klimaschutz, wie die vielen Schülerstreiks vor der Pandemie in Hamburg zeigten. Ist dafür die kommunale Ebene der richtige Ort, um diese jungen Menschen für Jugendparlamente zu begeistern?

Lena: Die großen politischen Themen wie der Klimaschutz müssen auch bei kommunalpolitischen Entscheidungen reingetragen werden. Da könnten Jugendparlamente durchaus Impulse setzen. Aber klar, das Kleinteilige kommunalpolitischer Befugnisse macht Jugendparlamente für Klimaaktivist*innen nicht gerade interessant. Aber für diese Fragen gibt auf europäischer Ebene beispielsweise den Jugenddialog.

Wie ist die Lage der Jugendbeteiligung in Hamburg?

Lena: Noch eher mau. Es gibt zwar ein Jugendparlament in Horn und verschiedene Jugendforen, die durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« unterstützt werden. Aber es gibt viele weiße Flecken auf der kommunalen Landkarte. Dabei ist es durch den Beteiligungsparagraphen § 33 den Bezirken vorgeschrieben, dass sie bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, geeignete Verfahren zu entwickeln haben, um diese Altersgruppe »in angemessener Weise« zu beteiligen. Jedoch bietet diese Formulierung »in angemessener Weise« viel Interpretationsspielraum. Und zudem: Wo werden durch kommunale Vorhaben Interessen junger Menschen berührt und wo nicht? Ist es nur der Spielplatz um die Ecke oder gilt dieses auch bei einer Umgestaltung größerer Stadtflächen? Die Beteiligungsvorschrift im Bezirksversammlungsgesetz wird durch solche Unklarheiten aufgeweicht. Immerhin gibt es Menschen, wie gerade im Bezirk Altona, die eine verankerte und gelebte Beteiligung junger Menschen durch ein Rahmenkonzept auf den Weg bringen wollen. Doch dazu braucht es nicht allein guten Willen – sondern auch entsprechende finanzielle Mittel und personelle Ressourcen, um Strukturen der Beteiligung dauerhaft mit Leben zu füllen. Zudem wäre es gut, wenn es neben den Anläufen in den einzelnen Bezirken eine hamburgweite Koordinierungsstelle gäbe, die gemeinsame Standards erarbeiten und verankern würde.

Sind Vorhaben – wie in Altona – Ansatzpunkte für Eure Arbeit in der Hamburger Akademie für Kinder- und Jugendparlamente? Greift Ihr initiativ in Gründungsprozesse ein?

Lena: Nein. Es ist nicht unsere Aufgabe, Jugendparlamente oder -foren zu initiieren. Wir qualifizieren einerseits Kommunalpolitik, Verwaltung und andere Institutionen, die Jugendbeteiligung in Angriff nehmen wollen, und andererseits unterstützen wir politisch interessierte Jugendliche sowie bestehende Jugendparlamente und -foren mit Angeboten politischer Bildung. So haben wir etwa mit der Sozialbehörde zusammengearbeitet und im Rahmen des Jugenddialogs einen Workshop gegeben. Mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung haben wir Fortbildungen für Lehrkräfte entwickelt, um bisher nicht politisch engagierte Jugendliche zu erreichen. Dabei steht auch die spannende Frage im Raum, wie man die schulischen Beteiligungsstrukturen stärker kommunalpolitisch andocken könnte. Und im Bezirk Altona waren wir involviert bei der Entwicklung des Rahmenkonzeptes für Kinder- und Jugendbeteiligung. Für bereits organisierte junge Menschen oder Jugendforen bieten wir Qualifizierungsmaßnahmen an. Das geschieht sehr bedarfsorientiert. Wenn sie auf uns zukommen und fragen nach einem Workshop zum Thema Antidiskriminierung oder zum Thema Rhetorik, dann organisieren wir genau das, was sie brauchen. Und allgemein für junge Menschen, die sich engagieren wollen, ist es unsere Aufgabe, Angebote zur Qualifizierung in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung anzubieten.

Noch einmal zurück zur Thematik Jugendparlamente. Parlamente sind repräsentative Organe. Wahlen entscheiden über den Einzug der Volksvertreter. Ist das bei Jugendparlamenten ebenso?

Lena: Das hängt stark von den Rahmenbedingungen der kommunalen Verankerung ab. Es gibt Jugendparlamente, zu denen Wahlen durchgeführt werden. Und es gibt Jugendgremien, bei denen mitmacht, wer sich engagiert und dabei bleibt.

Das Interview führte Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Akademie für Kinder- und Jugendparlamente – Standort Hamburg

Akademie für Kinder- und Jugendparlamente – Standort Hamburg

Die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente – in Trägerschaft des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten – bietet politische Bildung und Qualifizierung für junge Jugendparlamentarier*innen und junge Menschen, die noch aktiv werden wollen, deren Begleitpersonen sowie politisch Verantwortliche an. In jedem Bundesland gibt es einen Standort, der vor Ort Bildungsangebote durchführt und zur Vernetzung der Akteur*innen beiträgt. Der Hamburger Standort ist in der W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik angesiedelt in Kooperation mit dem PLING Kollektiv für politische Bildung.

Infos allgemein: https://kijupa.adb.de

Hamburger Standort: W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik | Nernstweg 32 – 34 | 22765 Hamburg | https://w3-hamburg.de/start/themen/akademie-fuer-kinder-und-jugendparlamente-standort-hamburg/

Ansprechpersonen: Lena Stelling (stelling@w3-hamburg.de | M. 0163-4717902) und Juri Pargätzi (pargaetzi@w3-hamburg.de | M. 0159-01626939)

Lena Stelling

Lena Stelling hat Sozial- und Kommunikationswissenschaft studiert und war lange als Jugendreferentin bei der Kinderrechtsorganisation Plan International tätig. Sie ist aktuell als Freiberuflerin im PLING Kollektiv für politische Bildung aktiv und betreut darüber u.a. den Hamburger Standort der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente.

Sofaecke statt Plenarsaal

Serie WirkungsStätten: Das Jugendparlament Horn

Foto: © Hanna Lubcke

Von Hanna Lubcke, Hamburg

Montagabend – rein in die U2 in Richtung Mümmelmannsberg. Beim »Rauhen Haus« steige ich aus und laufe durch den Hammer Park zum Haus der Jugend Horn. Ich bin gespannt, was mich erwartet, denn heute bin ich nicht bei irgendeiner Initiative – sondern beim Jugendparlament (JuPa) Horn zu Besuch.

Plenarsaal und Geschäftsordnung? »Parlament« – das klingt groß und bedeutend, nach einem Plenarsaal und Menschen in Anzügen, nach Anträgen und Ausschusssitzungen. Auf dem Weg komme ich an einem Skatepark vorbei, auf dem Hof vor dem Jugendhaus spielen Kinder und auf einem großen Platz nebenan wird Fußball trainiert. Das hier wirkt eher wie ein ganz normaler Jugendtreffpunkt, die Stimmung ist ausgelassen. Das Jugendhaus schließt grad, die Mitarbeitern räumen die letzten Überreste des Tagesgeschehens auf. Der Raum ist groß und gut ausgestattet, man kann sich vorstellen, dass Jugendliche hier gerne ihre Zeit verbringen. Vom Kicker zu PS5-Playstationen ist hier alles vorhanden. Ein Mitarbeiter spricht mich sofort an: »Möchtest du zum JuPa? Die treffen sich hinten in der Sofaecke«.

Und tatsächlich, auf einem Podest im hinteren Teil des Raumes sitzen ein paar Leute ganz gemütlich auf Sofas, vor ihnen auf dem Tisch haben sie Snacks ausgebreitet – Schokorosinen, Tomaten und Kekse. Das JuPa ist heute nicht vollständig, vier Leute sind gekommen. Ich werde herzlich begrüßt und bin direkt etwas entspannter.

Seit 1999. Das Einzige, was an die Bürokratie eines Parlaments erinnert, sind Vordrucke, auf denen mit einem sehr offiziell aussehenden Briefkopf die Tagesordnung des Treffens festgehalten ist. Mein Besuch ist bereits der erste Punkt und so darf ich direkt meine Neugierde darüber stillen, was genau hinter diesem Parlament steckt. Fast alle der anwesenden Mitglieder sind Anfang 20, haben aber schon im Alter von 14 oder 15 Jahren im JuPa angefangen. Sie treffen sich einmal im Monat in wechselnden Jugendeinrichtungen in Horn. Rahja, die Teil der Leitung des JuPa ist, erzählt ein bisschen über den Stadtteil: Horn sei sehr vielfältig, es gibt viele Familien und somit viele Jugendliche und Kinder. »Obwohl es hier auch viele Einrichtungen für die jungen Leute gibt, ist der Stadtteil nach wie vor förderbedürftig«, fügt sie hinzu. Um im Jugendparlament Horn mitzumachen, muss man übrigens nicht selbst in dem Stadtteil wohnen – jeder ist willkommen.

Das Jugendparlament hat sich 1999 gegründet. Mitmachen können alle zwischen 14 und 26. Die einstigen Gründungsmitglieder sind heute folglich kein Teil der Parlamentarier mehr, aber sie zum Teil in einem Beirat, der das JuPa berät, weiterhin aktiv.

Anders, als es der Name Parlament vermuten lässt, wird man ins JuPa nicht hineingewählt. Vielmehr müssen interessierte junge Menschen bei drei Sitzungen dabei gewesen sein und werden dann von den anderen Mitgliedern als Jugendparlamentarier bestätigt. Insofern sei der Begriff »Parlament« auch ein bisschen irreführend, weil viele immer denken, man wäre direkt in der Politik tätig, erklärt Rahja. »Vielleicht wäre ein neuer Name ja gar nicht so schlecht?«, überlegt sie laut. »Das wäre vielleicht weniger abschreckend«.

A pocket full of dreams ... und ein eigener Etat. Im JuPa sollen Jugendliche einen Raum in Horn finden, den sie für sich einnehmen und mit ihren Ideen ausgestalten können. Andere Gremien seien meistens mit älteren Menschen besetzt – man verstehe sich also schon als Sprachrohr für die Interessen junger Menschen in Horn, sagt Rahja. »Hier bekommen junge Menschen früh das Gefühl, dass sie gehört werden, dass ihre Meinung wichtig ist und dass sie auch etwas erreichen können.«

Das Besondere am JuPa ist, dass es einen eigenen Etat besitzt, über den frei verfügt werden kann. So können die Mitglieder den Stadtteil mitgestalten: Das Geld kann dafür ausgegeben werden, was die Mitglieder entscheiden. »Natürlich müssen wir die Rechnungen behalten und können jetzt keine

Serie: WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände, ihre WirkungsStätten und schaut über den Tellerrand auf andere Formen der Jugendarbeit. Alle bisherigen Reportagen finden sich online unter: www.ljr-hh.de/wirkungsstaetten

Zigaretten oder Alkohol von dem Geld kaufen«, lacht Timo, auch aus der Leitung des JuPa. »Aber sonst sind uns keine Grenzen gesetzt«. Das JuPa nimmt sich beispielsweise zur Aufgabe, das Freizeitangebot im Stadtteil zu verbessern. So wurde kurz vor dem Treffen eine Geige angeliefert, die das JuPa für das Haus der Jugend bestellt und finanziert hat. Allgemein werden die Aktivitäten sowohl über den eigenen Etat oder, bei größeren Projekten, durch Sponsoren (wie die HASPA) oder Stiftungen finanziert.

Der Horner Käse. Im Internet kann man zahlreiche Artikel finden, die das »Vorzeigeprojekt« loben. Die Mitglieder des JuPa erzählen mir von vergangenen Aktivitäten, zum Beispiel vom »Horner Käse«, einer künstlerischen Installation von einem Lehrer aus dem Stadtteil, das aber auch als Spiel- und Sportgerät fungiert. Den scherzhaften Namen hat die Skulptur aufgrund ihrer Form, die an einen Käse erinnert, erhalten. Das Projekt wurde vom JuPa und durch Spenden finanziert. Der ganze Prozess dauerte mehrere Jahre und die Eröffnung war eine große Sache. Termin im Frühstücksfernsehen inklusive.
Weitere Projekte waren zum Beispiel eine Graffiti-Aktion in der Unterführung bei der U-Bahn »Horner Rennbahn«, um diesen düsteren Ort belebter und attraktiver zu machen, oder ein kleiner Skatepark, der aber heute nicht mehr steht, weil er zum »Konsumhotspot« wurde. Das JuPa plant aber auch regelmäßig kulturelle und sportliche Veranstaltungen für Jugendliche aus dem Stadtteil und ist auf dem jährlichen Stadtteilfest präsent, um junge Menschen anzusprechen. Dieses Jahr gab es zudem eine Reise nach Berlin, um sich mit anderen Jugendparlamenten auszutauschen, was viele neue Ideen erbrachte. In Berlin sei das Konzept von Jugendparlamenten viel weiter verbreitet, sagt Leila, dort gebe es in vielen Stadtteilen eigene JuPas. In Hamburg ist das JuPa in Horn jedoch bislang das einzige seiner Art. Und Leila findet, oftmals würden neuen Gründungen in anderen Stadtteilen Steine in den Weg gelegt.

Info: Jugendparlament Horn

Das Jugendparlament tagt an unterschiedlichen Orten. Wer dabei sein möchte, wendet sich an die unten genannte Mailadresse.
Anmeldung zum Newsletter:
admin@jupa-horn.de
Kontakt: Die Telefonnummern kannst Du gerne auf Anfrage beim Timotheus Jugendclub oder im Haus der Jugend Manshardtstraße oder auch via Mail an admin@jupa-horn.de erhalten.
Web: https://jupa-horn.de/

Was hat das alles mit Politik zu tun? Wie wird das JuPa denn allgemein in der »realen« Politik behandelt? »Würdet ihr sagen, das JuPa ist ein politisches Gremium?«, frage ich die anderen. Das regt Diskussion an: Das JuPa sei insofern nicht politisch, da es nicht aus Parteien gebildet ist, sondern dessen Mitglieder unabhängig ganz unterschiedliche Ansichten vertreten würden. Dem wird entgegnet: Die Arbeit habe aber trotzdem etwas Politisches, denn es sei ja eine politische Frage, wie wir über das JuPa versuchen, auf die Ausgestaltung des Stadtteils einzuwirken. Auf die Formel »Das JuPa ist nicht parteipolitisch« wird sich geeinigt. Aber fraglos wirkt das JuPa nach außen politisch – wie zuletzt bei einem Interview in der Zeitschrift Hinz und Kuntz. Der Fokus des JuPas liege aber nicht darauf, politische Positionen zu formulieren, sondern über Aktionen im Viertel zu wirken. »Die Arbeit im JuPa regt also indirekt politisches Interesse an, weil man Missstände mitbekommt«.
Trotzdem wird das JuPa von der bezirklichen Politik häufig als die Interessenvertretung junger Menschen im Viertel wahrgenommen. Manchmal bekommen die Mitglieder dabei das zwielichtige Gefühl, zwar nach Rat gefragt zu werden, obwohl die Planung der Sache schon feststehe. Dann erfülle eine solche »Jugend«-Beteiligung eher eine Alibifunktion. Und manchmal fehle zudem das Verständnis, dass die Arbeit im JuPa ehrenamtlich ist. Mit allen Hochs und Tiefs, die jugendliches Engagement eben auszeichnet. Hintergrund der ans JuPa gerichteten Anfragen ist Jugendbeteiligungsparagraf im Bezirksverwaltungsgesetz, nach dem Kinder und Jugendliche bei »Planungen und Vorhaben«, die ihre »Interessen berühren«, in »angemessener Weise zu beteiligen« sind. »Dann kommen sie manchmal zu uns, um das abzuhaken«, erklärt Timo. Sie würden das aber meistens ablehnen: »Wir sind ja nicht ›die Jugend‹ in Horn. Wir planen eher selbst Veranstaltungen, wo wir Jugendliche zu ihrer Meinung befragen«, und versuchen dann was draus zu machen.

Nachwuchs gesucht! Die Frage, wer sich wie beteiligt, ist für das JuPa Horn auch selbst von Belang, da die aktive Generation langsam älter wird. Viele verlassen das JuPa nach der Schule, wenn sie selber in einer Umbruchphase stecken. Auch während Corona war es schwierig, alle Aktiven dabei zu behalten. Das alles ist einer der Gründe, warum sich das JuPa abwechselnd in verschiedenen Jugendhäusern trifft: Um für junge Menschen im Viertel sichtbarer zu werden. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder kann dazukommen und die Arbeit des JuPa ist niedrigschwellig ausgerichtet. Gleichwohl sei es schwierig, junge Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen. Dazu kämen eher diejenigen, die eh schon gesellschaftlich engagiert sind. Deshalb ist es dem JuPa wichtig, in Horn öffentlich präsent zu sein und den Kontakt zu Jugendlichen auf verschiedenen Wegen zu eröffnen. Vor allem über die regelmäßigen Veranstaltungen und über das Stadtteilfest sprechen sie Jugendliche – aber auch Eltern an. Da die Mitglieder des JuPa größtenteils selbst aus Horn kommen, haben sie zwar einen eher einfachen Zugang zur Zielgruppe. Trotzdem sind auf der Suche nach Nachwuchs immer wieder neue Wege notwendig: Zum Beispiel habe sich aus Gesprächen mit Jugendlichen ergeben, dass der Bedarf nach Sportangeboten groß ist. Darum planen sie jetzt ein Sportfest zusammen mit einer Schule, um darüber das JuPa für neue Jugendliche bekannt zu machen.

Nächste Aktionen. Auch im weiteren Verlauf der Sitzung werden viele Aktivitäten angesetzt. Das JuPa arbeitet neben den monatlichen Treffen in Arbeitsgruppen, die sich mit besonderen Aufgaben und Veranstaltungen beschäftigen. Die Poetry-Slam-AG präsentiert einen Entwurf für einen Flyer, denn an einem besonderen Freitag soll ein Slam stattfinden. Das Motto wird »Freitag der Dreizehnte« sein, jeder und jede kann sich anmelden. Aber was sollen die Preise sein? Es wird gebrainstormed, von Tütchen mit Süßigkeiten bis zu einem Schreibworkshop ist alles dabei. »Poetry Slam hat häufig etwas Schichtspezifisches«, kommentiert Timo. Da sich sonst vor allem Studierende und Akademiker für diese Events interessieren, war es dem JuPa besonders wichtig, das Format ins Viertel zu bringen. Mit Erfolg, der kommende ist bereits der dritte Slam, welchen das JuPa plant.
Zumal in Horn können sich viele Jugendlichen teure Freizeitangebote leisten. Daher gilt es für JuPa, hier alternative Angebote zu schaffen. So gibt es seit einiger Zeit die AG für ein Hip-Hop-Festival, das im Stadtteil stattfinden soll. Außerdem ist der »Merch«-Kram bei den letzten Aktivitäten sehr gut angekommen und es muss neuer bestellt werden. Es wird über Aufnäher, T-Shirts, Kugelschreiber und scherzhaft auch über Pullunder abgestimmt.
Ein weiterer Diskussionspunkt ist die anstehende Wochenendreise. Jedes Jahr vor Corona wurde mindestens eine dieser Reisen unternommen, über die viele der jetzigen Mitglieder des JuPas dazu gekommen sind. Doch die diesjährige Reise ist noch nicht geplant: In eine Stadt soll es gehen, so wird sich verständigt, und am besten soll ein Austausch stattfinden. Vielleicht nach Berlin, um die anderen Jugendparlamente wiederzutreffen? Der Austausch habe beim letzten Mal viel neue Inspiration ergeben, wie man die Arbeit an mehr Jugendliche herantragen und die Beteiligung fördern könne. Denn wie konstruktiv ein JuPa sei, hängt damit zusammen, wer es wie umsetzt, fasst Melissa zusammen: »Wenn es durch Erwachsene betreut wird, dann bleiben es eben auch die Erwachsenen, die die Dinge umsetzten.«

Geht Altona voran?

Der Entwurf eines Rahmenkonzepts zur Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk Altona

Von Volker Vödisch, Vorsitzender des Unterausschusses Beteiligung im Jugendhilfeausschuss für die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona

Rechte und Realitäten. Kinder haben Rechte. Das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, das Recht auf Bildung oder eine gute Versorgung gehören dazu. Sie haben ebenso das Recht, ihren Willen und ihre Meinung frei und ohne Repressionen auszudrücken, gehört zu werden und sich an Entscheidungen zu beteiligen.
Diese insgesamt in der UN-Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechte von Kindern gelten auch in Deutschland. Allerdings wurden sie bis heute nicht als besondere Rechte in das Grundgesetz überführt. Die Kinder gelten zwar nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts als Träger der dort festgehaltenen allgemeinen Grundrechte, doch können sie ihre Rechte nicht selbst einfordern und einklagen. Das können nur ihre Eltern. Sie sind also darauf angewiesen, dass ihnen die Gesellschaft als Ganzes und ihre Institutionen Schutz bieten und ihre Rechte wahren. Der letzte Versuch, die Kinderrechte gemäß UNKRK im Grundgesetz zu verankern, scheiterte schon gut vier Monate vor der letzten Bundestagswahl bei einer Verhandlungsrunde mit allen Bundestagsfraktionen am 8. Juni 2021. Seither ist auch unter der neuen Bundesregierung nicht viel geschehen.
Im bundesweit geltenden Kinder- und Jugendstärkungsgesetz untermauern verschiedene Paragrafen die Beteiligungsrechte. Auf der Bezirksebene ist besonders der Paragraf 33 des Bezirksverwaltungsgesetzes hervorzuheben. Unter der Überschrift »Beteiligung von Kindern und Jugendlichen« heißt es: »Das Bezirksamt muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu entwickelt das Bezirksamt geeignete Verfahren«. 2006 trat § 33 des Bezirksverwaltungsgesetzes in Kraft. Ernsthafte Umsetzungsbestrebungen gibt es leider erst seit wenigen Jahren.

Anläufe in der Stadt. Hamburg bietet in der Partizipation einen Flickenteppich. Viele Akteure wie Stiftungen, themenzentrierte Projektträger, Jugendverbände, Sozialraummanagements, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit oder Gesellschaften mit einem wirtschaftlich operativen Hintergrund mühen sich, bieten Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsformate. Doch es fehlt an Ressourcen, Verknüpfung, Zusammenarbeit, Koordination und Kontinuität. Mitunter fehlt es auch an Ideen für langjährige Beteiligungsprozesse.
In Bundesländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein gibt es in vielen Kommunen Kinder- und Jugendbeiräte, Jugendgemeinderäte und Jugendparlamente. Meist handelt es sich dabei um repräsentative Beteiligungsstrukturen, die nicht unbedingt eine breit gefächerte, tiefergehende Beteiligung widerspiegeln, aber so etwas gibt es immerhin. Hamburg macht da keine gute Figur.

Die Kommunikation von Politik und Verwaltung mit Kindern und Jugendlichen existiert in Hamburg so gut wie nicht. In Schulen gibt es zwar Mitbestimmungsrechte, doch sie kommen dort nicht umfänglich zum Tragen und müssten ausgebaut werden. Gleiches gilt auch für viele andere Felder. Viele Kinder und Jugendliche wissen auch nicht oder nur ungenügend über Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort Bescheid. Diejenigen, die an Beteiligungsprojekten in ihrem Lebensumfeld teilnahmen, haben danach oft genug mit Enttäuschung und Frustration zu kämpfen, wenn ihre Ideen und Vorschläge nicht sichtbar und zeitnah umgesetzt wurden. Beteiligung ist dann erfolgreich, wenn Kindern und Jugendlichen zugehört

wird, sie Handlungsfreiräume erhalten, sie Wertschätzung erfahren, ihnen nicht zu viel versprochen und ihnen verbindlich wie ernstnehmend begegnet wird.

Lage vor Ort. Im Bezirk Altona wurde in der Vergangenheit und vor dem Hintergrund des § 33 versucht, ein Konzept für die Kinder- und Jugendarbeit auf die Beine zu stellen. Leider kam zu wenig dabei heraus. Das Vorhaben blieb im Grunde liegen und das Thema wurde eher innerhalb der Verwaltungsstrukturen bewegt. Natürlich gab es Beteiligungsangebote und Beteiligungsverfahren, die sich meist auf bauliche Umgestaltungen bezogen oder in den Einrichtungen der Offenen kinder- und Jugendarbeit angestoßen wurden. Für mehr fehlten meines Eindruckes nach Ressourcen für Personal und Sachmittel. Schließlich wurde ein neuer Versuch unternommen, Partizipation auf die politische Tagesordnung zu bekommen.
Im zweiten Halbjahr 2020 konstituierte sich auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses im Bezirk Altona der landesweit erste Unterausschuss Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (im folgenden UA Beteiligung). Die Mitglieder dieses Ausschusses organisierten einen vierstündigen Workshop Umgestaltungen zum Thema »Grundlagen und Perspektiven der Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk Altona«. Die Teilnehmer:innen diskutierten nach den Einführungsreferaten in drei Arbeitsgruppen folgende Schwerpunkte:

- Von der Mitsprache und Mitbestimmung zur Selbstbestimmung: Wie kann es gelingen und was muss dafür getan werden?
- Welche Voraussetzungen werden benötigt, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen, in der Kooperation und zu allen sie betreffenden Belangen zu fördern und zu sichern?
- Beschwerdemanagement und Ombudsstellen als Einrichtungen zur Wahrung der Rechte und des Schutzes der Kinder und Jugendlichen.

Als Referenten hatten wir Thomas Glaw und Moritz Schwerthelm gewonnen, die dem Institut für Partizipation und Beteiligung in Kiel angehören. Beide waren von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie beauftragt worden, gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe das »Rahmenkonzept zur Beteiligung junger Menschen an der Erstellung von Jugendförderplänen auf der Grundlage des Berliner Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes« für Bezirke und Land zu erarbeiten und den Erstellungsprozess fachlich zu begleiten.

Das Altonaer Beteiligungskonzept. Seither erarbeiten die Mitglieder des UA Beteiligung, darunter zwei der Freien Träger, ein Rahmenkonzept zur Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk Altona, in das eine Reihe von Vorschlägen und Beiträgen des Workshops geflossen sind. Ein erster Entwurf wurde im März 2022 dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt. Inzwischen wurde das Konzept von den Mitgliedern des Unterausschusses in konstruktiver Zusammenarbeit überarbeitet und erweitert, doch noch ist diese Arbeit nicht abgeschlossen.

Der Entwurf. Einleitend heißt es: »Junge Menschen haben ein Recht auf die Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Ihre Einbeziehung ist wertvoll für die gesellschaftliche Entwicklung. Ihnen muss ermöglicht werden, in Interaktion und Kooperation mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft, die eigenen und die gemeinsamen Lebensverhältnisse zu gestalten. Kinder sind gewissermaßen selbst Expert:innen in ihrem Lebensumfeld und in ihren Familien. Sie an der Quartiersentwicklung und an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen, ist nur folgerichtig. Sie hinsichtlich ihres Wohls in ihren Familien, hinsichtlich der Hilfen zur Erziehung und zu ihrem seelischen und körperlichen Schutze an weitreichenden Entscheidungen und alternativen Lösungen zu beteiligen ebenso.
Der Bezirk Hamburg-Altona stellt daher eine demokratische, systematische, kontinuierliche und breite Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicher, um sie frühzeitig an allen Entscheidungs-, Entwicklungs-, Planungs- und Gestaltungsprozessen in ihrem Lebensumfeld und hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Daseins zu beteiligen. Sie soll bei jungen Menschen zur Selbstbestimmung und zur Wahrnehmung von gesellschaftlicher Mitverantwortung führen – hierbei kommt nicht allein der Jugendarbeit und insbesondere der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Rolle zu, sondern auch den Familien, den politischen Parteien, den Schulen und weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen, Vertretungen und Verbänden.
Sie diesbezüglich zu ermuntern, zu befähigen und zu ermächtigen, setzt voraus, dass junge Menschen sich auf Augenhöhe an Aushandlungsprozessen beteiligen können. Sie sollen erhalten den Raum, eigene und gemeinschaftliche Bedürfnisse und Anliegen zu formulieren und gegenüber weiteren Entscheidungsträgern, Interessengruppen und anderen Protagonisten zu benennen und allein bzw. gemeinsam mit ihnen umzusetzen.
Kinder und Jugendliche werden verbindlich an der Entwicklung der Jugendhilfe und Jugendförderung beteiligt werden. Es gilt, ihre Rechte, Bedürfnisse, Bedarfe und Wünsche aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen nach Wegen der Umsetzung zu suchen. So auch bei Bauvorhaben, die das Umfeld der jungen Menschen und ihr Leben wesentlich verändern wie bei der Umgestaltung und beim Neubau von Spiel- und Handlungsflächen, bei der Bebauungsverdichtung im Viertel, bei der Planung und Errichtung neuer Wohngebiete und Stadtteile sowie bei Infrastrukturprojekten.
Dies kann im Sinne des neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes und in Übereinstimmung mit §33 des Bezirksverwaltungsgesetzes realisiert werden.«

Beteiligungsformen. Im Entwurf des Rahmenkonzepts werden unterschiedliche Beteiligungsformen und Mitbestimmungsinstrumente aufgeführt. Der Unterausschuss schlägt darin die Einrichtung einer **unabhängigen Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Altona in freier Trägerschaft** vor, in der ein Team von Sozialpädagog:innen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen und im Umgang mit Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen, Vereinen und mit Selbstorganisationen von Jugendlichen Beteiligungskonzepte, Beteiligungsverfahren

und Beteiligungsprojekte konzeptionell vorbereitet und verwirklicht bzw. sie dahingehend unterstützt.
Im Jugendhilfeausschuss wurde während einer ersten inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Rahmenkonzept auf die schwierige Haushaltslage des Bezirks hingewiesen, die einer Finanzierung der Koordinationsstelle entgegenstünde. Deshalb kam von mehreren Seiten der Vorschlag, eine landesweite Koordinationsstelle Beteiligung mit sieben bezirklichen Ablegern zu fordern, ähnlich wie bei der Hamburger Fachstelle für Ombudschaft. In beiden Fällen ist eine langfristige Daseins- und Handlungsperspektive einer solchen Koordinationsstelle Beteiligung mit einer entsprechenden finanziellen personellen und materiellen Ausstattung zwingend erforderlich.
Der Konzeptentwurf sieht auch die Schaffung eines **inklusiven Kinder- und Jugendbeirats vor**, der von Kindern und Jugendlichen im ganzen Bezirk gewählt, z. B. in Schulen aller Schulformen, in Jugendhilfeeinrichtungen und in Sportvereinen.
Dieser Beirat soll als Vertretung der Interessen der im Bezirk Altona lebenden Kinder und Jugendlichen fungieren. Es können alle Kinder und Jugendlichen kandidieren, die mindestens zehn Jahre alt sind oder die Jahrgangsstufe 4 besuchen und höchstens 21 Jahre alt sind zum Zeitpunkt der Wahl, so der Vorschlag.
Das Wirken des Kinder- und Jugendbeirats zielt vor allem auf …

- die Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Altona
- einschließlich der bedarfsgerechten Gestaltung der Rahmenbedingungen und Angebote,
- die Sicherstellung der Planungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Altona,
- auf ein überparteiliches und überkonfessionelles Wirken des Jugendbeirats. Der Beirat erarbeitet Empfehlungen zur Verbesserung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen in Altona, die in den Fachausschüssen wie in der Bezirksversammlung behandelt werden. Der Jugendbeirat soll so eine aktive Schnittstelle zu einer kinder- und jugendgerechten Kommunalpolitik bilden und eine Anlaufstelle für Kinder- und Jugendliche mit ihren Anliegen sein.
- die politische Bildung und Motivierung von Kindern und Jugendlichen zur politischen Partizipation.

Beteiligungsworkshops mit Kindern und Jugendlichen sollen möglichst in Kooperation mit einer Einrichtung der Jugendhilfe, können jedoch auch als Beteiligungsformen in Schulen, möglichst in Projektform oder als Zukunftswerkstätten, stattfinden. Wichtig ist, dass es dort geschieht, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten. Das schließt auch genutzte Freiräume ein.
»Die Verwirklichung von Beteiligungsworkshops ist als Prozess zu verstehen und sie sollten insbesondere bei langfristigen Planungsvorhaben stets wiederholt bzw. fortgesetzt werden. Bei allen Beteiligungsworkshops sollten Prinzipien wie ein offener, niedrigschwelliger Zugang, Freiwilligkeit, Transparenz und eine akzeptierende und motivierende Atmosphäre zum Tragen kommen, die Teilhabe, Mitbestimmung und Mitwirkung befördern.« (aus dem Rahmenkonzept)
Alle Vorschläge, Ideen, Ergebnisse, Wünsche und Bedürfnisse sollen verbindlich festgehalten und veröffentlicht werden. Ebenso gilt es, dies dem Jugendhilfeausschuss und der Bezirkspolitik zu übermitteln. Kinder und Jugendliche, auch jene, die nicht an Beteiligungsworkshops teilnehmen, müssen Zugang zu solchen Vorhaben, Projektverläufen und zu den gemeinsam entwickelten und ausgehandelten Ergebnissen erhalten.
Deshalb diskutiert der Unterausschuss Beteiligung den Vorschlag, eine **Mitmach- und Infowebsite** einzurichten, um Beteiligungsprojekte …

- transparent und altersgemäß zu kommunizieren und zu dokumentieren,
- einen Austausch zu ermöglichen,
- Platz zu bieten für Ideen, Vorschläge und Verabredungen,
- Ankündigungen und Informationen über weitere, auch selbstorganisierte Beteiligungsprojekte zu verbreiten,
- über Diskussionen und Ergebnisse in Workshops, des Jugendbeirats oder anderen zu diesem Zeitpunkt bestehenden Beteiligungsorganisationen zu unterrichten.

Weitere Beteiligungsformate – wie die in allen Bezirken vorgeschlagene Kinder- und Jugendlichensprechstunde mit der Bezirksamtsleitung (Die Arbeitsgemeinschaft des JHA in Wandsbek und der UA Beteiligung in Altona hatten dazu auch Stellungnahmen mit vielen Umsetzungsempfehlungen erarbeitet), oder die Partizipation in Einrichtungen der OKJA, in Jugendwohnungen oder in vergleichbaren Zusammenhängen – werden im JHA Altona noch diskutiert.

Perspektiven und Hemmnisse. Es bewegt sich was in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung, und tatsächlich gibt es in allen Bezirken zum Teil zahlreiche Beteiligungsprojekte. In vielen Bereichen ist es jedoch um die verbindliche, zeitnahe Umsetzung der vorgeschlagenen und ausgehandelten Ergebnisse schlecht bestellt, vor allem wenn es um den Bau von neuen Vierteln und Stadtteilen, um die Jugendhilfeplanung und um die Jugendförderpläne geht. Hier krankt es wohl auch daran, dass Kinder nicht frühzeitig genug in die Entwicklung eines Beteiligungsformats eingebunden werden. Viele Projekte benötigen bis zu ihrer Realisierung viel Zeit, mitunter viele Jahre. Beteiligung muss also auch als ein kontinuierlicher Prozess verstanden werden mit wechselnden Kindern und Jugendlichen, die möglicherweise neue Bedarfe und Wünsche äußern.
Die Arbeit am Rahmenkonzept für Altona zeigt eine Schwäche auf, nämlich die, Jugendliche nicht von vornherein an ihrer Entwicklung beteiligt zu haben. Das ist allerdings auf die engen Rahmenbedingungen zurückzuführen, die dem Unterausschuss Beteiligung gesetzt wurden. Denn dieser darf nur vier- bis fünfmal im Jahr für jeweils 90 Minuten tagen!
Ein Grund ist die mangelnde personelle Ressource im Bezirksamt, ein weiterer der mangelnde Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung. Es bedarf keiner überwältigenden Intelligenz für die Feststellung, dass die zur Verfügung stehende Sitzungs- und Beratungszeit nicht reicht, Kinder und Jugendliche von Beginn an in die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts einzubinden. Immerhin wird der Unterausschuss auch Stellungnahmen von jungen Menschen bezüglich des Rahmenkonzeptentwurfes einholen und sie zur nächsten Sitzung im Februar 2024 einladen. Ihre Einwürfe und Ideen sollen dann ebenso einfließen wie die der Vertreter*innen des Landesjugendrings und des Hamburger Standorts der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente in der W3 (Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V.). Diese haben das Rahmenkonzept neben weiteren Vorschlägen und kritischen Einwänden insgesamt als fachlich gut und positiv beurteilt.

Die Mitglieder des UA Beteiligung waren sehr motiviert und sind es noch, ein Rahmenkonzept zu schaffen und auf diesem Wege die Kinder- und Jugendbeteiligung zu befördern. Doch eine entsprechende Unterstützung gibt es nicht überall auf der Bezirks- und Landesebene. Allerorten wird auf der politischen Ebene und in der Verwaltung betont, man wolle unbedingt die Partizipation voranbringen. Doch dem stünde entgegen, dass dafür kein Geld vorhanden wäre – weder in der Rahmenzuweisung für den Bezirk noch im Landeshaushalt.
Die Schaffung und Unterhaltung einer Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Altona in freier Trägerschaft würde einschließlich der zentralen Geschäftsführung und 14 Fachkräften in allen Bezirken einen Etat von 1,5 bis zwei Millionen Euro erfordern. Der Gesamtaufwand des Hamburgischen Haushaltsplans liegt laut Finanzbehörde vom 9. Juni 2022 im Jahr 2023 bei rund 18,3 Milliarden Euro und steigt 2024 auf 18,8 Milliarden Euro. Es ist also eher eine Frage der politischen Prioritätensitzung. Wer Partizipation verwirklichen will, kann auch eine Koordinierungsstelle und weitere weit weniger kostenaufwendige Beteiligungsformen finanzieren.

»Das bleibt erstmal stehen, bis es vielleicht von selbst einstürzt«

Über die große Raumnot beim Pfadfinder*innenbund Nord

Von Hannah Knipper und Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Es ist Noalei anzumerken, dass es hier um eine Herzensangelegenheit geht. Die 23-Jährige ist seit Jahren beim Pfadfinder*innenbund Nord (PBN) aktiv und seit Frühjahr 2023 auch im Vorstand des Jugendverbands. Eines ihrer Sorgenthemen: die große Raumnot und die Baufälligkeit der Pfadfinder*innenheime. Fast 1.200 Mitglieder teilen sich in Hamburg elf Heime, von denen fünf baufällig oder elementar renovierungsbedürftig sind oder deren Erhalt aufgrund befristeter Mietverhältnisse in der Schwebe steht. Der Verband wächst zudem. Immer wieder müssen sich einzelne Stämme auf mehrere Heime aufteilen, weil so viele junge Menschen mitmachen möchten.

Heute hier, morgen dort. »Einige Gruppenleiter weichen schon ins private Zuhause aus für ihre Gruppenstunden«, berichtet Noalei. Alternativ gehen sie im Sommer gemeinsam in den Park und im Winter werden die Heime bis in die hinterste Ecke gefüllt. Mit der Nutzung von Flur und Küche bekommt man meist alle Gruppen einmal pro Woche irgendwo unter.

Diese prekäre Situation ist der Tatsache geschuldet, dass die bestehenden Heime teilweise nicht groß genug für die Mitglieder der jeweiligen Stämme sind. Immer wieder müssen Gruppen sich neue Orte für ihre wöchentlichen Treffen suchen. In Lokstedt beispielsweise hat man, vermittelt über ehemalige Pfadfinder*innen, eine leerstehende Kneipe gefunden, die vorläufig genutzt werden kann. So fahren nun regelmäßig 50 bis 60 Personen von Barmbek nach Lokstedt, um sich dort zu treffen, da das eigene Heim des Stammes aus allen Nähten platzt. Die wöchentliche Fahrerei ist jedoch keine langfristige Lösung. Noalei schätzt, dass bereits 20 bis 30 Mitglieder aufgrund des Wegeaufwandes abgesprungen seien. Gerade für jüngere Kinder ist dies unzumutbar. Die Platzproblematik gibt es auch in anderen Bezirken. Bis zu zehn Gruppen – rund 100 Pfadfinder*innen – weichen in Hamburg auf einen stadtteilfernen Behelfsort für ihre wöchentlichen Gruppentreffen aus.

Baufällig. Zudem fehle es jedoch nicht nur an ausreichend großen Heimen, betont Noalei. Die vorhandenen Häuser befinden sich zum Teil in einem miserablen Zustand, so dass sie nur eingeschränkt nutzbar sind. Schimmel, Einsturzgefahr, Wasserschäden, unzureichende Dämmung. Die Mängelliste ist lang. Die Fotos auf diesen Heftseiten zeigen die baufälligsten Standorte, ein vorübergehendes Ausweichquartier sowie beispielhaft grobe Baumängel. Erhalt und Renovierung der bestehenden Heime hat daher oberste Priorität für den PBN. In Harburg musste das alte Heim aufgrund eines Wasserschadens abgerissen werden. Der Neubau ist nur durch die Hilfe von ehemaligen Pfadfinder*innen möglich gewesen. Nach langem Warten auf die Bewilligung der Fördergelder, zweimaligem Einbruch auf der Baustelle, Diebstahl des Baumaterials und entsprechender Neubeantragung der Fördergelder ist das neue Heim nun nutzbar. Fast, denn die Heizung funktioniert noch nicht. Diese

Selbstgebaut, aber kalt
Stämme: Orion und Pleione
Ort: Am großen Dahlen 5, 21077 Hamburg (Harburg)
Probleme: Heizung funktioniert nicht, zu klein für beide Stämme

soll wiederum durch Gelder, die bei einer Ehemaligenfeier gesammelt werden konnten, instandgesetzt werden.

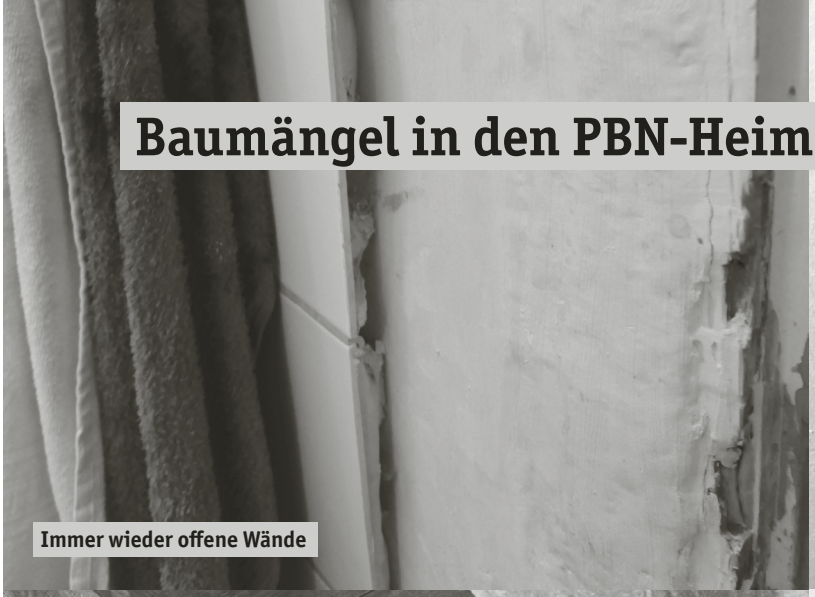
Grenzen. Der Erhalt der Heime ist somit überaus zeitaufwendig und für die Aktiven eine große Herausforderung, die sie zwar sehr engagiert angehen, aber es werden auch Grenzen deutlich. Denn die große Raumnot und die Baufälligkeit vieler Heime sind keine »kleinen« Einzelprobleme, die mit etwas gutem Willen und ein paar Fördergeldern abzustellen wären. Hier stößt ein durchweg ehrenamtlich organisierter Jugendverband, zumal wenn er von jungen Menschen unter 25 Jahren getragen wird, insgesamt an seine Grenzen.

»Wenn der Fokus auf den Heimen liegt, fällt vieles andere hintenüber«, erläutert Noalei. Die

Außen respektabel, innen rott
Stämme: Eldunari und Minas Tirith
Ort: Alsterdorfer Straße 575, 22335 Hamburg (Ohlsdorf)
Probleme: Zu klein für beide Stämme, Decken teilweise einsturzgefährdet, mangelhafte Dämmung, Heizung unzureichend, insgesamt stark renovierungsbedürftig, schlechter Zustand der Sanitäranlagen, Schimmel

Das Ausweichquartier in einer Kneipe
Stamm: Saliskiaron
Ort: Osterfeldstraße 86, 22529 Hamburg (Lokstedt)
Probleme: Lange Fahrwege für Gruppen aus Barmbek, Mietvertrag läuft aus

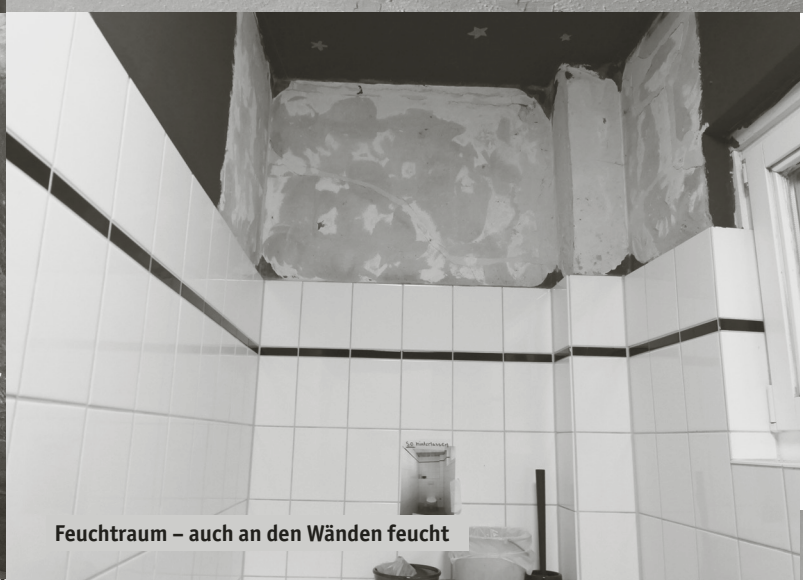
Baumängel in den PBN-Heimen, nur eine kleine Auswahl



Immer wieder offene Wände

Zerbröselnde Decke – mit Blick auf historische Strohschicht

Dachstuhl ohne Dämmung



Feuchtraum – auch an den Wänden feucht

Brüchige und unverputzte Außenwände

Gruppenraum, kein Matrazenlager

Waschbecken mit Auffangbecken

Provisorische Abwasserleitung

Keine Garage, sondern ein Tagungsraum, im Winter kalt

Heizung in Schieflage

Eine inkontinente Zentralheizung, altersschwach und kaum Heizleistung

Toilette mit Durchbruch nach oben

Wo machbar, wird eigenhändig renoviert

Pfadfinder*innen organisieren wöchentliche Gruppentreffen, fahren gemeinsam auf Zeltlager und Freizeiten, halten die Heime »schön und sauber«, beantragen Fördergelder, kommunizieren mit Erziehungsberechtigten, entwickeln den Verband weiter, sind ansprechbar und tragen Sorge dafür, dass der Bund ein sicherer Ort für Kinder und Jugendliche ist. Diese Kernaufgaben neben Schule, Studium und Job zu realisieren, ist für Ehrenamtliche im PBN schon Herausforderung genug. Auch noch dafür zu sorgen, dass die notwendigen räumlichen Voraussetzungen für diese elementaren Aufgaben gegeben sind und nicht wegbröckeln, bedeutet zusätzliche Arbeit und Verantwortung. Als Vorstandsaktive investiert Noalei viel Zeit in ihr Ehrenamt. Die Frage der Instandhaltung alter und Suche nach neuen Heimen nimmt einen großen Teil ihrer Arbeit im PBN ein. Dies alles zu koordinieren, ist in den ehrenamtlichen Verbandsstrukturen nicht einfach. Denn das Schreiben von Förderanträgen, etwa bei Renovierungsbedarfen in den Heimen, muss von den Stämmen selbst übernommen werden. Für manche Stammesleitungen kann so eine Aufgabe auch überfordernd sein, weswegen Anträge teilweise liegen bleiben und gar nicht erst gestellt werden. Vor Corona wurde bereits eine Heim-Such-Crew gegründet, die jedoch von der

Zukunft ungewiss
Stämme: Chersonisos
Ort: Wellingsbüttler Landstraße 73, 22337 Hamburg (Klein Borstel)
Probleme: Mietvertrag läuft aus; unverputzte und feuchte Wände, Wasserschäden, Schimmel, schlechter Zustand der Sanitäranlagen, unzureichende Heizung

Nur im Sommer schön
Stamm: Xephalonia
Ort: Zeisigstraße 1, 22081 Hamburg (Barmbek-Süd)
Probleme: Das Heim muss laut Gutachten wegen elementarer Baumängel abgerissen werden; es wird jedoch mangels Gelder weiter genutzt.

Pandemie an ihrer Arbeit gehindert wurde. Nun wird diese wiederbelebt. Auf der Internetseite des PBN sind erste Schritte sichtbar. Mit einem Online-Tool werden potentielle Objekte in einem Pool zusammengetragen. Wie das funktioniert? Unter PBN-Mitgliedern sei es mittlerweile normal geworden, berichtet Noalei, mit offenen Augen durch den eigenen Kiez zu laufen und nach leerstehenden Häusern Ausschau zu halten. Diese können in das Online-Tool eingetragen werden. Aufgabe des Vorstandes und des PBN-Fördervereins sei es dann, weitere Informationen zu den Immobilien einzuholen: Wer ist Eigentümer*in und Ansprechpartner*in? Gibt es eine Chance zur vorübergehenden Zwischennutzung? Eignet es sich möglicherweise auch längerfristig als Heim?

Wünsche. Es gibt also einiges zu tun. Konkret, so Noalei, wünschten die Pfadfinder*innen sich den Erhalt ihrer bereits im Bestand befindlichen Häusern sowie das Finden neuer Heime in Lokstedt, Barmbek und Ohlsdorf. Das ist eine Aufgabe, die der PBN nicht ohne Hilfe umsetzen kann. Es ist notwendig, dass bei den zuständigen Stellen verstanden wird, dass Kinder nicht quer durch die Stadt zu ihren Gruppenstunden fahren können. Um das vielfältige Engagement der Pfadfinder*innen langfristig abzusichern, braucht es langfristige Lösungen. Dabei ist man besonders auf die gute Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt in der Sozialbehörde angewiesen, um welche man sich momentan sehr sorge, da es aktuell keine Ansprechpartnerin für die Pfadfinder*innen im Landesjugendamt gibt. Beantragt ist – neben Geldern für die Heime – auch eine Bildungsreferent*innen-Stelle, die insbesondere bei den bürokratischen Aufgaben, die im Jugendverband anfallen, unterstützen soll.

Bis diese Wünsche Realität werden, werden junge Ehrenamtliche wie Noalei auch weiterhin in ihrer Freizeit nach leerstehenden Häusern Ausschau halten und parallel dazu überlegen,»in welchen Park wir die Kinder so lange setzen können«.

Überlaufen
Stämme: Depheiro, Elysios und Thyreatis
Ort: Tieloh 87, 21077 Hamburg (Barmbek-Nord)
Problem: Viel zu klein für drei Stämme

cliMATEs: Die App für klimafreundliche Jugendreisen

Von Jaqueline Auerswald, Naturfreundejugend Brandenburg

Viele Menschen sind gerne unterwegs, wollen neue Orte entdecken, etwas Spannendes erleben und mit lieben Menschen eine gute Zeit haben. Doch immer mehr Menschen erkennen auch, dass fast jede Handlung – egal ob im Alltag oder auf Reisen – Umweltbelastungen und Treibhausgasemissionen nach sich ziehen. Das schlechte Gewissen klopft dann gerne mal an und fragt, ob es denn nicht auch umwelt- und klimafreundlicher geht. Denn allein der Tourismus verursacht laut Umweltbundesamt in etwa 5 – 8 % der globalen Treibhausgasemissionen. Hier besteht also ein großer Handlungsbedarf und jede Person, die privilegiert genug ist, reisen zu können, kann und sollte bei sich und den eigenen Reisegewohnheiten anfangen.

Klimafreundliche Jugendreisen – was brauchen wir dafür?

Jugendreisen klimafreundlich organisieren und durchführen – das ist gar nicht so einfach. Einiges muss dabei beachtet und gewohnte Vorgehensweisen gegebenenfalls hinterfragt werden. Die Aspekte Mobilität, Unterkunft, Verpflegung und Aktivitäten sind dabei zentral. Zunächst steht die Informationsbeschaffung im Vordergrund: Welches Verkehrsmittel wäre eine klimafreundlichere Variante? Welche Aktivitäten bieten sich im Hinblick auf eine geringe Klimabelastung besonders an? Welches Essen kann ich auf meiner klimafreundlichen Veranstaltung anbieten und welche Unterkunft wäre eine gute Wahl? Demgegenüber steht eine Vielzahl an Handlungsoptionen, Anbieter*innen verschiedener Dienstleistungen, die Nachhaltigkeit versprechen und dieses Versprechen oft nicht halten, Interessen der durchführenden Jugendleiter*innen, der Teilnehmenden, der Eltern, der Organisation, der (öffentlichen) Geldgeber*innen und die damit verbundene, meist unflexible finanzielle Förderung. Die Liste der potenziellen Schwierigkeiten ließe sich noch fortführen.

Hier setzt die cliMATEs-App der Naturfreundejugend Deutschlands an: Sie möchte die haupt- und ehrenamtlichen Menschen, die Jugendreisen und andere Veranstaltungen planen und durchführen unterstützen. Die App wurde im Rahmen des Projekts »Klimaschutz im Tourismus: Jugendreisen als Vorreiter bei der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen« der Naturfreundejugend Deutschlands entwickelt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Nationalen Klimaschutz Initiative gefördert.

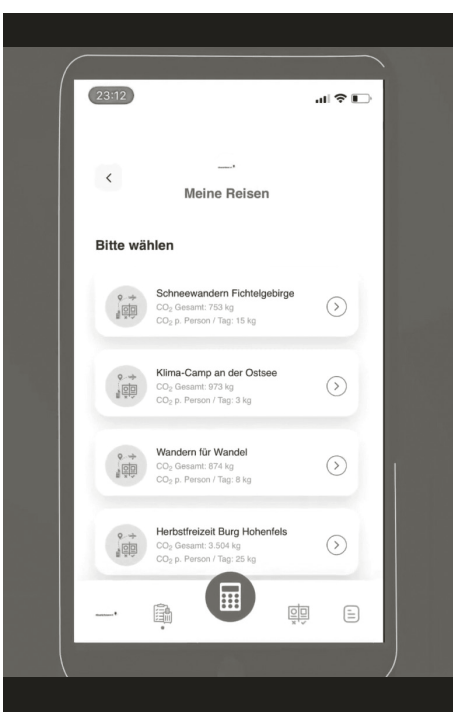
Daneben sind Schulungen für ehrenamtliche Jugendleiter*innen und Aktionstage mit Kindern und Jugendlichen auf unterschiedlichen Veranstaltungen wichtige Bestandteile des Projekts. Mithilfe dieser umfassenden Bildungsarbeit sollen junge Menschen bereits früh für das Thema Klimaschutz und klimafreundliches Reisen sensibilisiert werden.

Das Potenzial ist dabei groß: Mehr als 1,5 Millionen Kinder- und Jugendliche nutzen jährlich die Reiseangebote von gemeinnützigen Anbieter*innen wie Kirchengemeinden, Sportvereine und Jugendorganisationen. Die Größe der Zielgruppe ist also bemerkenswert und die Sensibilisierung für wichtige Themen verspricht im jungen Alter erfolgreicher zu sein als im Erwachsenenalter.

Verschiedene Funktionen für eine einfachere Reiseplanung

Die cliMATEs-App versteht sich als Planungstool mit Bildungsanspruch. Die App möchte durch den integrierten CO2-Rechner zunächst einmal die Emissionen, die bei einer Jugendreise entstehen, sichtbar und vergleichbar machen. Der bewusst niedrigschwellig gehaltene Rechner soll aufzeigen, welche Handlungen klimaschonender sind als andere. Außerdem können Reisen miteinander verglichen werden. Dieses Ergebnis soll im Anschluss eingereicht werden. Die so gesammelten Daten fließen in die Nationale Klimaschutzinitiative ein.

Die Bibliothek mit Methoden und Infos zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz, zu politischem Engagement, zur Juleica und weiteren spannenden



Themen und die umfangreiche Rezeptesammlung mit integriertem Mengenrechner helfen dabei, sich das notwendige Wissen anzueignen und die konkrete Planung der Veranstaltung in Angriff zu nehmen.
Die Karte von morgen wurde integriert, um auf einfache Art und Weise zukunftsorientierte Orte und Initiativen wie Unverpacktläden oder Gemeinschaftsgärten zu finden und ihnen während der Reise einen Besuch abstatten zu können – sei es als Programmpunkt oder als Einkaufsmöglichkeit für die Gruppenverpflegung. (Nähere Informationen unter www.kartevonmorgen.org)
Alle zusammengesuchten Bausteine können zu einer bestimmten Reise hinzugefügt werden. Das bedeutet, dass alle Aspekte zentral gespeichert sind und jederzeit erneut abgerufen werden können. Zudem können Notizen und Tages- bzw. Wochenpläne innerhalb einer Reise angelegt werden.

Vom Reiz, nicht in die Ferne reisen zu müssen

Emissionsintensive Fernreisen sind bei jungen Menschen nach wie vor beliebt. Sie wollen die Welt sehen und andere Kulturen kennenlernen. Jugendreisen gemeinnütziger Organisationen sind demgegenüber oft schon allein deshalb klimafreundlicher, weil sie in den allermeisten Fällen in der Nähe oder innerhalb Europas stattfinden und z.B. einfachere Gruppenunterkünfte nutzen. Während der Freizeit merken die jungen Teilnehmer*innen dann oft, dass Deutschland, seine direkten Nachbarländer und Europa bereits sehr viel zu bieten haben und sie für besondere (Natur- und Kultur-)Erlebnisse nicht weit reisen müssen.
Nichtsdestotrotz finden sich auch hier Verbesserungspotenziale. Eine systematische Optimierung der Reisen findet jedoch nicht statt. Die meist jungen ehrenamtlich Engagierten, die eine Reise planen, werfen ihr eigenes Wissen und ihre persönliche Motivation in die Waagschale und sind aufgrund des ohnehin schon hohen Planungsaufwands schnell überfordert. Oft muss darüber hinaus noch gegen Widerstände wie zu geringe finanzielle Mittel und gegenteilige Meinungen angekämpft werden. Die cliMATEs-App möchte dabei helfen, vorhandenes Wissen zu verbreiten, konkrete Lösungsansätze aufzuzeigen und auf diese Weise das vielfältige Jugendreise-Angebot Schritt für Schritt klimafreundlicher zu gestalten.

Mit dem Handabdruck zu systemischen Veränderungen

Hartnäckige Widerstände bilden vor allem auch politische bzw. systemische Rahmenbedingungen: Billigflüge, schlechte Bus- und Bahnanbindungen, unterschiedlichste Siegel für (vermeintlich) nachhaltige Lebensmittel oder der zu langsame Ausbau erneuerbarer Energien – nachhaltige Reiseplanung wird so erschwert oder gar unmöglich gemacht. Aus diesem Grund wurde das Handabdruck-Konzept von Germanwatch in die App integriert. Dieses Konzept zielt darauf ab, die gegebenen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass nachhaltiges Handeln für möglichst viele Menschen einfacher und selbstverständlicher wird. Mithilfe der Erläuterungen in der App-Bibliothek wird das Konzept zunächst verständlich erklärt. Die eingebauten Tools von Germanwatch und Brot für die Welt (Handabdruck-Test und Handel-O-Mat) helfen, mit gezielten Fragen und Vorschlägen konkrete Projektideen zu entwickeln und so direkt ins Handeln zu kommen – am besten direkt mit der eigenen Kinder- oder Jugendgruppe! (Weitere Infos zum Handabdruck-Konzept unter www.germanwatch.org/de/handprint)

Bildung, Reiseplanung und Förderung von politischem Engagement

Jugendreisen haben das Potenzial, zur allgemeinen Reduzierung von Emissionen beizutragen, viele junge Menschen für den Klimaschutz und klimaschonendes Reisen zu sensibilisieren und mit politischem Engagement systemische Veränderungen herbeizuführen, die eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft vorantreiben. Die cliMATEs-App möchte alle Aktiven in diesem Bereich mit ihren vielfältigen Funktionen dabei unterstützen. Die Entwicklung wird darüber hinaus weitergehen, sodass mithilfe von Feedback und weiteren Ideen ein immer größerer Mehrwert für alle Engagierten im Jugendreisebereich geschaffen wird.
Also: Holt euch die App für eure nächste Jugendreise! Die App gibt's kostenlos sowohl für Android als auch für iOS. Vereine oder Verbände können die App außerdem (gegen ein geringes Entgelt) individualisieren lassen, indem die Farbe und das Logo ausgetauscht werden.

Android store

iOS Store

Nachrichten …

Strukturen der Jugendverbandsarbeit in Hamburg sichern

LJR-Vollversammlung im November 2023

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg fordert eine Million Euro als zusätzliche Mittel für die Jugendverbandsarbeit und wählt einen neuen Vorstand.

Mehr Mittel für die Jugendverbandsarbeit zu fordern, klingt wie eine absehbare Parole. Wer hätte nicht gerne mehr. Doch die Jugendverbände im Landesjugendring haben es sich bei der Benennung von Mehrbedarfen nicht leicht gemacht. Dem Vollversammlungsbeschluss ging eine anonyme und detaillierte Online-Umfrage zum Finanzierungsbedarf aller Jugendverbände voraus. Jeder Jugendverband war aufgefordert, aufgefächert nach den Förderpositionen im Landesförderplan »Familie und Jugend«, einerseits seine aus den allgemeinen Preissteigerungen resultierenden Mehrbedarfe zu benennen und andererseits »ohne Schere im Kopf« die strukturellen Mehrbedarfe anzugeben. So konnten erstmals Bedarfe erfasst werden, die Jugendverbände haben, um ihre vielfältigen Aktivitäten (von der Gruppenstunde über Bildungsarbeit bis hin zu Ferienfreizeiten) zu erweitern und für mehr junge Menschen anzubieten – und sich nicht bei dem gewohnten Stück des Kuchens aus dem Landesförderplan zu bescheiden.

Die Vollversammlung beauftragte den LJR-Vorstand, sich politisch für eine Erhöhung der Mittel für die Jugendverbandsarbeit um rund eine Million Euro pro Jahr einzusetzen.

Stichwort LJR-Vorstand. Dieser wurde turnusgemäß neu gewählt – und um eine Person erweitert. Der »alte« Vorstand – bestehend aus: Michael-J. Gischkat (27 J.), Niyasi Karaca (24), Maja Reifegerst (26) und Destina Üçdemir (23) – wurde wieder- und Jara Hamdorf (vom Internationalen Jugendverein) neu hinzugewählt.

72-Stunden-Aktion am Start

Aufruf zur bundesweiten Sozialaktion

Die 72-Stunden-Aktion ist eine Sozialaktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend und seiner Verbände. In 72 Stunden werden dabei in ganz Deutschland Projekte umgesetzt, die die »Welt ein Stückchen besser machen«. Dieses Motto ist der Ausgangspunkt aller Aktivitäten rund um die Aktion. Die Projekte greifen politische und gesellschaftliche Themen auf, sind lebensweltorientiert und geben dem Glauben »Hand und Fuß«. Als teilnehmende Gruppe setzt man sich konkret vor Ort im eigenen Sozialraum ein. Einen Raum, dessen Bedingungen und Probleme man kennt. Die Teilnehmenden werden dort für und mit anderen tätig, wo sie im Alltag unterwegs sind. Seien es Nachbarschaftstreffen, Partnerschaften zu Asylunterkünften oder der Bau von Klettergerüsten: Als Gruppe hat man Raum zur individuellen Ausgestaltung der Aktion. Wichtig ist der gemeinsame Einsatz für andere oder mit anderen! Die Aktionen können interreligiös, politisch, ökologisch oder international ausgerichtet sein. Die Aktion steht allen Menschen offen, die sich für eine solidarische, gerechte und bessere Welt einsetzen möchten. Dabei stehen für Jugendgruppen zwei Projektvarianten zur Wahl: beim Do-it hat die Gruppe bereits eine Idee für ihre Aktion, beim Get-it wird zum Start ein Projekt der Gruppe zugeteilt.

Bei der letzten 72-Stunden-Aktion in 2019 haben insgesamt mehr als 160.000 Menschen teilgenommen.

Termin: 18. bis 21. April 2024.

Infos: www.72stunden.de

Fachtag Jugendreisen am 21.3. 2024

Progressiv Unterwegs: Mit jugendverbandlichen Reisen Gesellschaft gestalten

Programm des Fachtages

10:00 h – Begrüßung, Wendelin Haag (DBJR)

10:20 h – Stationenlauf: Herausforderungen und Chancen im Feld jugendverbandlicher Reisen

11:00 h – Podiums: »Jugendverbandliches Reisen in herausfordernden Zeiten« mit Emilia Fester (MdB, Grünen), Anja Troff-Schaffarzyk (MdB, SPD), Ralph Edelhäußer (MdB, CDU), Melissa Landfried (Evangelische Jugend Pfalz) u. Wendelin Haag (DBJR)

Workshops 12 – 16 Uhr

Junge Queers willkommen heißen

Im Workshop gibt es einen Einblick in die Lebenswelten junger Queers und Hinweise auf Stellschrauben, wie Freizeitfahrten und andere Angebote queersensibler gestaltet werden können.

Mit: Katrin Ottensmann, Bildungsarbeiterin

Mentale Gesundheit von Jugendlichen

Psychische Symptome und Erkrankungen wie z. B. Depressionen, Ängste oder selbstverletzende Verhaltensweisen sind bei Kindern und Jugendlichen weit verbreitet. Wo geht es (noch) um die Bewältigung altersgemäßer Entwicklungsaufgabe in der Pubertät und wo beginnen psychische Auffälligkeiten? Wie können wir Jugendlichen im begrenzten Rahmen unserer Reisen unterstützen, wann braucht es weitergehende Hilfen und wo gibt es diese?

Mit: Lena Schweiger, Psychologin, u. Heike Bentz-Schuhbaum, Sozialarbeiterin

Jugendreisen klimaschonend(er) gestalten!

In diesem Workshop werden wir gemeinsam mit verschiedenen Methoden und Spielen schauen, wie Kinder- und Jugendreisen klimaschonend(er) gestaltet werden können. Dabei werden wir vor allem die Bereiche Mobilität, Verpflegung, Unterkunft und Aktivitäten anschauen und uns auch nochmal etwas grundsätzlich mit der Klimakrise befassen. Außerdem erhaltet ihr einen umfangreichen Ordner mit Methoden und Spielen sowie einer Rezeptesammlung für Reisen und Freizeiten. Zusätzlich wird euch die cliMATEs-App zum Planen von Reisen und mit Tipps und Tricks für mehr Nachhaltigkeit vorgestellt.

Mit: Naturfreundejugend Deutschland

Freizeiten evaluieren mit i-EVal

Das digitale und kostenfreie Tool i-EVAL zur Auswertung von Kinder- und Jugendfreizeiten (und internationalen Begegnungen) wird in diesem Workshop ausführlich vorgestellt. Der Funktionsumfang, die Handhabung, das Erstellen von Fragebögen und Einsatzmöglichkeiten stehen hierbei im Fokus. Darüber hinaus werden Möglichkeiten der Auswertung erläutert und an praktischen Beispielen erläutert, wie mit Auswertungsergebnissen pädagogisch gearbeitet werden kann.

Mit: Thorsten Schlüter, Ev. Jugend von Westfalen

Inklusive Jugendreisen

Wie kann es gelingen, aus dem »Dabeisein« ein inklusives Miteinander auf Augenhöhe zu machen? Wie komme ich an die Zielgruppen heran und verfügen die ehrenamtlichen Teamer*innen über die notwendigen Kenntnisse, »besonderen« Kindern gerecht zu werden?

Mit: Martina Drabner, BAG kath. Jugendreisen

Prävention von Sexualisierter Gewalt auf Jugendreisen

Der Workshop wird auf die besonderen Rahmenbedingungen und Grundlagen der Prävention von sexualisierter Gewalt auf Freizeiten und Jugendreisen eingehen.

Mit: Isabella Maier, DBJR

Veranstalter: Naturfreundejugend, DBJR, AG Evangelische Jugend und die Evangelische Jugend von Westfalen

Anmeldung bis zum 29.1.24 unter: www.dbjr.de/formulare/an-g-fachtag-jugendreisen-240321

Info: www.dbjr.de/artikel/werkstatt-fachtag-jugendreisen-am-20-210324

Hol’ Dir die Juleica!

Ausbildungskurse des Landesjugendrings Hamburg in 2024

juleica
jugendleiter|in card

Die Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) sind thematisch verbandsübergreifend konzipiert. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind.

Wozu eine Jugendleiterausbildung? Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Zudem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleiter/innencard (Juleica) ist eine wichtige Legitimation – so z. B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die kostenlose Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

Themen: In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Ein LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Juleica (zusammen mit dem Nachweis einer Erste-Hilfe-Ausbildung). Am Kurs können 15 Personen teilnehmen.

Frühjahrskurs 1-24

Termine: 14. – 16. und 28. – 30. Juni 2024 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)
Seminarort: Niels-Stensen-Haus | Billeweg 32 | 21465 Wentorf
Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 65 € (bis 26 J.) / 86 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 247 € (bis 26 J.) / 344 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 321 € (bis 26 J.) / 429 € (ab 27 J.) (jeweils inklusive Verpflegung und Übernachtung)

Herbstkurs 2-24

Termine: 8. – 10. November und 29. November – 1. Dezember 2024 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)
Tagungsort: Jugendgästehaus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen
Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 59 € (bis 26 J.) / 68 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 235 € (bis 26 J.) / 270 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 293 € (bis 26 J.) / 337 € (ab 27 J.)

Anmeldung: www.ljr-hh.de/juleica/seminare
Veranstalter: Landesjugendring Hamburg | T. (040) 317 96 116 | juleica@ljr-hh.de